

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

5/2018

Spendenempfehlung: 3,00 €

Dokumentation des Symposiums für Kurt Gossweiler

9. Mai 2018, Berlin

Initiatoren:

Hans Bauer (GRH), Frank Flegel (offen-siv), Klaus
Hartmann (Freidenker), Conny Renkl (KAZ), Renate
Schönfeld (Marzahner Runde)

Redaktionsnotiz.....	3
Biografisches.....	4
<i>Renate Schönfeld: Kurt Gossweiler – Biografisches.....</i>	4
Die Faschismusforschung.....	11
<i>Conny Renkl: Die Theorie von Fraktionen im Monopolkapital; oder: Wie entsteht politischer Wille und Handeln des Staates?.....</i>	11
<i>Jürgen Lloyd: Zwischen Verteidigung demokratischer Rechte und Kampf für die Revolution.....</i>	24
Gedicht für Kurt Gossweiler.....	37
<i>Eva Ruppert: Kurt Gossweiler zum 90. Geburtstag.....</i>	37
Die Revisionismusforschung.....	39
<i>Klaus Hartmann: Zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und der Förderung der Konterrevolution.....</i>	39
<i>Frank Flegel: Inhalt und Bedeutung der Revisionismusforschung Kurt Gossweilers bezüglich der Sowjetunion.....</i>	53
<i>Dieter Kraft: Stalin oder doch nicht Stalin.....</i>	62
<i>Hans Bauer: Kurt Gossweilers Position und Erkenntnisse zur Konterrevolution.....</i>	67

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Im Januar dieses Jahres klingelte das Telefon: Renate Schönfeld war dran und sagte, dass wir eine Veranstaltung zu Ehren Kurt Gossweilers machen sollten.

Sein erster Todestag im Mai sollte der Anlass sein, und Conny Renkl von der KAZ, Klaus Hartmann vom Deutschen Freidenkerverband und Hans Bauer von der GRH wären auch dabei.

Das war ein sehr guter Vorschlag. Natürlich sagten wir zu. Die Vorbereitungen liefen reibungslos und am 9. Mai fand das Symposium im ND-Haus in Berlin statt. Mit rund 80 Teilnehmern/innen war es gut besucht und die Vorträge zeigten ein sehr hohes Niveau.

Deshalb beschlossen wir Initiatoren am Schluss der Veranstaltung, dass wir die Referate veröffentlichen wollen und dass die Zeitschrift offen-siv diese Aufgabe übernehmen soll.

Dem entsprechend legen wir Euch hiermit die Referate des Symposiums zu Ehren Kurt Gossweilers vor.

Wie Ihr wisst, kostet Zeitungsmachen Geld. Wir sind auf Eure Spenden angewiesen.

Spendenkonto offen-siv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Biografisches

Renate Schönfeld: Kurt Gossweiler – Biografisches

Beim heutigen Symposium zu Kurt Gossweiler und seinem Werk wollen wir ihn ehren und am Anfang soll es um den Menschen, den Kommunisten, den Kämpfer und um Schwerpunkte seines Lebens gehen.

Dabei wird er oft selbst zu Wort kommen, das haben wir Referenten und Organisatoren, seine Freunde und Verbündeten, so verabredet. Besser als er selbst kann es eben niemand sagen, wenn es um ihn und seine Sache geht. Er hat keine Autobiographie geschrieben. Wichtiger war ihm, solange er konnte, an seinen Themen zu arbeiten und eine ausführliche und sehr große Korrespondenz zu führen.

Kurt war Kommunist, und man kann bei ihm fast sagen – von seinem ersten bis zum letzten Atemzug. Mit seinen inhaltlichen Schwerpunkten – der Faschismusforschung – war und ist er höchstaktuell – heute angesichts der gegenwärtigen faschistischen Entwicklungen und Bedrohungen der damit verbundenen Kriegsgefahr. In denselben Zusammenhang gehört der Revisionismus mit seiner zersetzenden und gefährlichen Strategie. Kurt hatte bereits seit 1956, seit dem 20. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow die verheerende Rede gegen Stalin und damit gegen die Oktoberrevolution und den Sozialismus gehalten hatte, einen lang anhaltenden scharfen Blick darauf und auf alles, was sich in dieser Richtung zeigte entwickelte.

Wer Kurt begegnet war, erlebte einen kompetenten, kritischen und bescheidenen Menschen. Die Rede bei der Veranstaltung zu seinem 90. Geburtstag der Berliner Gesellschaft für Weltkriegs- und Faschismusforschung am 13. November 2007 begann er mit für ihn charakteristischen Worten: *„Wer so viel gelobt wird, tut gut daran, sich daran zu erinnern, was Goethe in seinem Eckermann einmal sinngemäß gesagt hat: Was einer geleistet hat, ist nie allein sein Verdienst, sondern daran haben immer Mehrere Anteil.“* Das belegte er so: *„Da ist zum ersten mein Elternhaus, genauer, meine Mutter, der ich verdanke, daß ich mir nicht ... meine kommunistische Überzeugung durch eigene schwere Lebenserfahrung erwerben mußte, sondern sie von meinen Eltern sozusagen mitbekam. Daß sie*

zum untrennbaren Anteil meines Bewußtseins wurde, dazu haben entscheidend meine Genossen des kommunistischen Schülerbundes (SSB) und später, schon in der Illegalität des kommunistischen Jugendverbandes, beigetragen, namentlich dessen Leiter Herbert Ansbach und mein Klassenkamerad, Freund und Genosse Werner Steinbrink. Nicht gering zu schätzen ist auch der Anteil der zwei Jahre – 1931-33 – Karl-Marx-Schule in Neukölln, die ich zusammen mit den beiden Genannten und übrigens auch mit meiner damaligen Mitschülerin Edith Evers, die jetzt den Namen Edith Gossweiler trägt, besuchte, und der Anteil der Lehrer, vor allem unseres Klassenlehrers Alfred Lewinek und unseres Deutschlehrers Alfons Rosenberg, denen beiden glücklicherweise 1939 gerade noch rechtzeitig die Flucht in die Emigration nach London gelang.“

In Stuttgart, wo er am 5. November 1917 - zwei Tage vor Beginn der Oktoberrevolution - geboren wurde, verbrachte er die ersten 10 Lebensjahre. Prägend wurden für ihn allerdings die folgenden Jahre in Berlin. Dennoch blieb er mit Stuttgart Zeit seines Lebens verbunden. Als er in seiner letzten Lebenszeit von einem Freidenker besucht wurde, der auch aus Württemberg kommt, sangen beide das Lied von der „Schwäbschen Eisenbahne“. Er hatte eine gute Stimme – welch ein Wunder – seine Mutter war Sängerin.

In die Zeit seiner Kindheit und frühen Jugend in Berlin gehört für Kurt die Begegnung mit Erich Mühsam. Als Junge war er stolz darauf, dass seine Eltern mit diesem Revolutionär verbunden waren. Nach dessen Verhaftung im Januar 1933 hatte seine Frau Zenzl die Eltern gebeten, die Notizen von ihrem Mann in ihrem Haus zu verstecken. In dem Zusammenhang erlebte er eine Hausdurchsuchung, die für die Mutter und die Familie gut ausging. Nebenbei lernte er von Erich Mühsam, Schach zu spielen.

Bezüglich seiner Schulzeit betonte er nicht ohne Stolz, dass seine erste Schule in Berlin eine weltliche, religionslose Gemeindeschule, die Rüttli-Schule war. Kurt war von Anfang an sozusagen in religiöser Hinsicht „unberührt“, aber später für fortschrittliche Theologen offen. Von der Rüttli-Schule wechselte er zur Karl-Marx-Schule in Neukölln. In dieser Zeit begann er, politisch aktiv zu werden. Nach 1933, als die SSB-Schülergruppe auseinanderfiel, wurde Kurt mit anderen vom KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) übernommen. Zu dem Zeitpunkt konnten sie nur noch illegal arbeiten. Das ist so zu lesen: *„Wir kamen regelmäßig zusammen, um Informationen*

auszutauschen, gemeinsam Radio Moskau zu hören, uns theoretisch weiter zu schulen und Aktionen vorzubereiten; dazu gehörte 1933 noch, Parolen auf die Straßen und Wände zu malen und Flugblätter ... zu verbreiten, ebenfalls illegale Zeitungen und Flugschriften.“

Das riskierten die jungen Genossen noch bis 1935. Danach waren die Aktionen zu gefährlich geworden. Ein Höhepunkt für sie in dieser Zeit war 1934 eine Tramptour zum kommunistischen Jugendtreffen in Paris. Auf dem Weg dorthin kam es zu einem Besuch bei Erich Weinert, der die jungen Genossen herzlich empfing. Unterwegs erfuhr Kurt durch Zufall von der Ermordung Erich Mühsams.

In den Zusammenhang gehören einige wenige Bemerkungen von Kurt zu seiner Familie. *„Nach 1933 ist nur meine Mutter politisch aktiv geblieben. Ihr Mann, Adolf Reichle, blieb zwar gesinnungsmäßig Kommunist, mehr aber nicht. ... Ich erfuhr erst nach meiner Rückkehr aus der Sowjetunion 1947 Näheres über ihre Widerstandarbeit. Sie half heimlich in Grünau untergebrachten sowjetischen Kriegsgefangenen mit Lebensmitteln; zusammen mit Otto Reichle, dem Bruder meines Stiefvaters, dessen jüdische Frau von den Nazis verfolgt und schließlich in den Selbstmord getrieben wurde, half sie auch rassistisch verfolgten Deutschen.“*

Im Frühjahr 1944 begegnete die Mutter auch Bernhard Bästlein, dem Widerstandskämpfer. Sie war eine mutige Frau, die auch dann für illegale Organisationen Geld und Lebensmittel sammelte, als es immer gefährlicher wurde. Sie wurde im Oktober 1944 verhaftet und im Januar 1945 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, im April aber von der Roten Armee und der polnischen Armee befreit wurde.

Im Leben von Kurt gab es – und das möchte ich hier anschließen – bereits seit der Schulzeit Edith, die andere wichtige Frau. Wie seine Mutter war sie in seinen Plan zu desertieren eingeweiht. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion wurde sie seine Frau, die ihm Zeit seines Lebens den Rücken freihielt und unter anderem seine Manuskripte in die Maschine schrieb. Im Pflegeheim, wo sie die letzten Jahre verbrachten, fielen sie noch im hohen Alter als Liebespaar auf, so stand es jedenfalls in der Heimzeitung. Beide hatten die Tochter Jenny und dann Alexis, den Enkel, der zeitweilig bei ihnen aufwuchs. Jenny und er gingen noch in DDR-Zeiten ihren eigenen, ganz

anderen Weg. Das war für Edith und Kurt schwer und blieb ein Problem, das sie bis zum Lebensende nicht lösen konnten.

Ich komme von diesem Exkurs zurück zum jungen Kurt. Bei seiner Berufswahl beriet er sich mit einem älteren Genossen, Johannes Feuer, der später in der DDR im Verlag „Volk und Wissen“ arbeitete. Er meinte: *„Na, wenn schon Studium, dann Volkswirtschaft. Da kannst Du Dich sogar legal mit Marx beschäftigen und dann in einem Betrieb unterkommen, ohne dich unbedingt politisch für die Nazis engagieren zu müssen.“* Also studierte Kurt an der damaligen Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin. Später promovierte er dort. Da hieß sie aber Humboldt-Universität. Im März 1939 mußte er das Studium abbrechen, weil er zum Reichsarbeitsdienst, im Oktober desselben Jahres zur Wehrmacht eingezogen wurde.

Die Nachricht von der Hinrichtung seines Freundes Werner Steinbrink erfuhr er in einem Feldpostbrief seiner Schwester im Jahr 1942. Das brachte ihn zu dem Entschluß, nach der Rückkehr von einem Urlaub an die Front zur Roten Armee überzulaufen. *„In der Gruppe hatten wir uns auch schon vor der Entfesselung des Krieges durch Hitlerdeutschland Gedanken darüber gemacht, wie wir uns im Falle eines Überfalles Deutschlands auf die Sowjetunion verhalten würden, ob wir überlaufen oder nicht. Damals und auch noch 1940 ... waren wir fest davon überzeugt, dass dieser zweite von Deutschland entfesselte Weltkrieg noch viel sicherer als der erste mit einer Revolution enden würde und dass wir dann gebraucht würden. Deshalb wollten wir in der deutschen Armee bleiben und in der Regel nicht überlaufen. ... Im November 1942, nach der Ermordung meiner Genossen, war die Situation für mich plötzlich ganz anders. Ich fühlte mich sehr allein und isoliert und dachte, auf deutscher Seite würde ich allein und ohne Organisation kaum noch gegen die Nazis und ihren Krieg wirksam werden können, aber das könnte ich dagegen in vollem Maß auf der Seite der Roten Armee. Ich habe mich deshalb noch während dieses Urlaubes entschlossen, die erste günstige Gelegenheit zum Überlaufen wahrzunehmen.“* (a.a.O., S.16)

Die bot sich am 14. März 1943. Kurt hatte die Situation einer Verwundung durch eigene Wehrmachtssoldaten genutzt. Als er sich stellte, waren die Kommissare und Verantwortlichen der Roten Armee, wie zu erwarten, misstrauisch. (Ähnliches schildert Heinz Keßler in seiner Autobiographie.)

Der Satz von Kurt: *„Stalin hat gesagt, wenn ein deutscher Soldat sich ergibt, wird ihm nichts geschehen“*, brachte für ihn den Durchbruch. Der Posten *„wiederholte ein drittes Mal: ‘Idi’. Nachdem ich aber nur noch einmal wiederholte, ich ginge erst, wenn er mir zusichert, daß mir nichts geschehen würde, sagte er mit veränderter, aber nachdrücklicher Stimme: ‘Sie werrdenn lebbenn.’ Das war sozusagen mein ‘Lebens-Urteil’. ... Das war also mein Weg auf die andere, die richtige Seite.“*

Seinen Übertritt in die sowjetische Gefangenschaft am 14. März 1943 nannte Kurt seinen zweiten Geburtstag. Er wurde drei Monate im Lazarett behandelt, die er dazu nutzte, sich in der russischen Sprache zu orientieren. Das Angebot des jüdischen Chefarztes, für ihn als Dolmetscher tätig zu sein, nahm er nicht an. Er wollte zur antifaschistischen Arbeit in ein Kriegsgefangenenlager und kam in ein Arbeitslager zur Torfgewinnung. Im Oktober 1943 wurde er zusammen mit einigen anderen zur zentralen Antifa-Schule nach Taliza geschickt. *„Die Jahre an der Antifaschule waren meine eigentliche Universität. Hier studierten wir die gründlich die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin. ... hier ... studierten und lehrten wir die Fächer deutsche, russische sowjetische und Weltgeschichte, politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, dialektischen und historischen Materialismus, und lernte zugleich, das Gelernte an die Kursanten weiterzugeben... Die vier Jahre als Lehrkraft legten aber auch den Grund für eine weiterführende wissenschaftliche Tätigkeit.“*

Mit der Rückkehr nach Berlin 1947 in die damalige Sowjetische Besatzungszone begann ein neuer Abschnitt in seinem Leben. Die Mitgliedschaft in der noch jungen SED war für ihn selbstverständlich und, wie er schreibt, *„war für die Partei ebenso selbstverständlich, dass Leute wie ich von der Partei als Propagandisten eingesetzt werden.“* Das Jahr als Lehrer an der Landespartei-schule in Bestensee und der daran anschließenden Arbeit in der Landesleitung für Propaganda unter Leitung von Karl Mewis kommentierte er so: *„Der Tätigkeit als Parteiarbeiter in der Berliner Landes- bzw. Bezirksleitung der SED verdanke ich ... viel. Unter anderem auch eine Bestätigung meiner eigenen Einschätzung dessen, wozu ich völlig ungeeignet bin – nämlich zu einer Funktion, in der man anderen Anweisungen zu erteilen und operative Entscheidungen zu treffen hat.“*

Folglich ging es schief, als er erster hauptamtlicher Parteisekretär der Parteiorganisation der SED der Humboldt Universität wurde. Er hatte die Nachfolge des für eine solche Funktion bestens geeigneten Walter Florath angetreten und wurde wegen Überforderung krank. Walter und Kurt begegneten sich übrigens nach 1989 wieder in der Marzahner Runde.

1955 begann die wissenschaftliche Arbeit mit der Aspirantur an der Humboldt-Universität in Berlin. Dass er seine Dissertation nicht wie geplant nach drei, sondern erst nach acht Jahren fertigstellte, lag an der Gründlichkeit und der Arbeitsweise von Kurt, vor allem aber an dem Thema: „Die Rhöm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen“. Ich erwähne hier nur das Thema, mit Sicherheit wird es in dem einen oder anderen Referat eine Rolle spielen. Die Zusammenarbeit und „die kameradschaftliche Kritik“ mit und von Kollegen, darunter Prof. Joachim Streisand, Prof. Kurt Pätzold, Prof. Wolfgang Ruge und Prof. Dietrich Eichholtz war „selbstverständlicher Brauch“.

Nach der Promotion und seiner Tätigkeit an der Universität arbeitete er am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Kurt lagen jegliche karrieristischen Ambitionen fern. So ist es wahrscheinlich zu erklären, weshalb der so fundierte Faschismusforscher Kurt Gossweiler keine Professur in der DDR erhielt. Wichtig war ihm, sich mit den historischen Fakten auseinanderzusetzen und aus ihnen die Schlussfolgerungen zu ziehen. Er war ein unbestechlicher Forscher, der ohne Ansehen der Person in Gesprächen andere auch kritisierte und korrigierte.

Im Kreis der „Linken Runde“ bei Hanfried und Rosemarie Müller gab es zum Beispiel mit Heinz Keßler, Karl Eduard von Schnitzler und dessen Frau Márta Rafael, Dieter Frielinghaus, Dieter Kraft, Hermann Leihkauf ... sehr offene Gespräche. Ich denke, seine Unbestechlichkeit ist der Grund, dass er sich immer die Freiheit gelassen hat, das zu sagen und zu tun, was er für richtig hielt. Kurt war ein auch in den eigenen Reihen Unbequemer und deshalb ein Unentbehrlicher.

Mit der und durch die Konterrevolution wechselte er den Schwerpunkt seiner Arbeiten von der Faschismus- zur Revisionismusforschung, wobei ihm der Zusammenhang von beiden Forschungsgebieten sehr wohl bewußt war. Er

war ja seit langer Zeit wachsam. Der beängstigend rasante Verlauf der Konterrevolution traumatisierte ihn zunächst wie uns alle.

Bereits 1990 lernten Kurt und ich uns kennen. Ich hatte mich im ND nach der Tagung der VVN-BdA am Bogensee im Mai des Jahres schriftlich geäußert, weil dort sofort Faschismus und Stalinismus gleichgesetzt wurden und die Dimitroffsche Faschismusanalyse bereits infrage gestellt wurde. Das hatte ich vehement abgelehnt und unter diesen Voraussetzungen auch die Kandidatur für den Vorstand der VVN-BDA. Rosemarie Müller-Streisand hatte deswegen den Kongress aus Protest verlassen.

Als Reaktion auf meinen Artikel bekam ich den ersten Brief von Kurt. Da ich 1988 seinen Faschismusband gekauft hatte, wusste ich, wer mir geschrieben hatte. Er lud mich ein und seine erste Frage an mich war, seit wann ich Gorbatschow misstraute.

Dann trat er im Januar 1991 in der Marzahner Runde auf mit seinem Vortrag „Hatte der Sozialismus nach 1945 keine Chance?“. Die Marzahner Runde, die es seit dem 7. Oktober 1990 wegen der Konterrevolution gibt, wurde und ist eine politische und ideologische „Tankstelle“. Einige, die anfangs dabei waren, blieben auch wegen Kurt weg. An ihm haben sich die Geister geschieden, und sie werden es noch länger tun. Deshalb haben wir heute zum Symposium eingeladen. Durch die Marzahner Runde und infolge dessen durch die Weißenseer Blätter blieb Kurt nicht lange isoliert. Die heutige Beteiligung am Symposium zeigt es. Er wurde nach 1989 für andere Kreise von Menschen ein Begriff. Dazu gehörten die KAZ, offen-siv und auch Theologen.

Weil Kurt Kommunist war, hat er lange mit der Frage gerungen, die PDS zu verlassen. Er war Mitglied der SED geworden, die bereits im Dezember 1989 mit einem großen Besen in den Orkus der Geschichte gefegt wurde, um eine „moderne Partei“ mit dem Kürzel PDS in Erscheinung treten zu lassen. Erst 2001 entschied er sich zu diesem Schritt, auch wegen der Genossen in seiner Parteigruppe. Grund war der „völlige Bruch“ der PDS mit der DDR, den die damalige Vorsitzende Zimmer ausdrücklich betont hatte. Zitat von Kurt: *„Mit der SED-Vergangenheit zu brechen, heißt, mit dem Besten der deutschen Arbeiterbewegung zu brechen. Einer Partei, deren Vorsitzende dies zum Ziel des neuen Parteiprogramms erklärt, kann ich nicht mehr länger angehören.*

Deshalb erkläre ich hiermit nach 68 Jahren Zugehörigkeit zum kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung in Deutschland meinen Austritt aus der PDS.“

Ich höre hier auf. Wer mehr wissen möchte, muss einfach lesen, was Kurt hinterlassen hat. Ich habe ihm öfter gesagt, dass er erst entdeckt und verstanden wird, wenn er nicht mehr lebt.

Peter Hacks hat in seinem ersten Brief an Kurt Gossweiler 1998 auf die ihm eigene Weise Ähnliches geschrieben: *„Es gibt ja schon wieder ein paar wohlgemeinte Bücher, es gibt auch schon Bücher, die Tatsachen enthalten. Es gibt eine überaus kleine Zahl von Büchern, die vom höchsten Stand des sozialistischen Bewusstseins her ins Wesen packen, und ich denke, dass das Ihre sich an die Spitze gestellt hat. Wenn ein Standardwerk ein Hauptwerk über seinen Hauptgegenstand ist, dann, lieber Herr Gossweiler, haben Sie unserem Jahrhundert das Hauptwerk geschrieben.“* Und er schließt seinen Brief: *„Da im Augenblick keiner zur Verfügung steht, Ihnen den Nationalpreis und den Karl-Marx-Orden zu verleihen, tue ich es eben.“*

Die Faschismusforschung

Conny Renkl: Die Theorie von Fraktionen im Monopolkapital; oder: Wie entsteht politischer Wille und Handeln des Staates?

Einer der größten Beiträge Kurt Gossweilers zur Erforschung des Faschismus ist die gründliche Untersuchung der Kapitalfraktionen im deutschen Monopolkapital. Sie zieht sich durch die Werke „Großbanken, Industriemonopole, Staat - Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus 1914–1932 (1971)¹, „Die Röhmer-Affäre“ – Hintergründe-

¹ Die Seitenangaben in Klammern

Zusammenhänge-Auswirkungen (1983 auf der Grundlage seiner Dissertation aus dem Jahr 1963). Und es spricht für den hohen Stellenwert der Gossweilerschen Analyse wie natürlich auch für die Expertise und den Mut des Papyrossa-Verlags, diese Schriften vor kurzem neu aufgelegt zu haben. Abgerundet und zusammengefasst werden die Aussagen dieser Bücher durch die „Aufsätze zum Faschismus“ (1988), die darüberhinaus weitere Beweise vorlegen, die die Verantwortung des Kapitals für den Faschismus aufzeigen.

Die Fragestellung

Die Bedeutung der Frage nach den Kapitalfraktionen hatte Kurt aus der berühmten Definition des Faschismus durch Dimitroff abgeleitet: **„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“**

Wer sind diese Elemente damals und heute? Welche besonderen Interessen hatten sie gegenüber den anderen „Elementen des Finanzkapitals“? Wie konnten sie sich gegenüber diesen Elementen durchsetzen? Und daraus ableitend: Wann geht die herrschende Klasse auf den abenteuerlichen Kurs in Richtung Faschismus und Krieg und wer setzt sich dabei gegen wen durch?

Dahinter steht die noch allgemeinere Fragestellung: Wie entsteht im Kapitalismus politischer Wille und politisches Handeln? Wie entstehen aus divergierenden ökonomischen Interessen der Einzelkapitale politische Vorstellungen des Gesamtkapitalisten und des Staates? Wie wird die Politik zum konzentrierten Ausdruck der Ökonomik – um eine Formulierung Lenins aufzugreifen?

Als Vater der Theorie der Monopolgruppen stellt Gossweiler Jürgen Kuczynski heraus. Sein Buch „Großbanken etc.“ widmet er deshalb auch der kritischen Auseinandersetzung mit Kuczynskis Ergebnissen (s. S. 11). Diese Theorie ist in ernsthafter und gründlicher Forschung und in scharfen, aber solidarischen Auseinandersetzungen der Historiker aus der DDR und aus anderen sozialistischen Ländern entstanden (s. z.B. das Protokoll einer Tagung der Deutschen Historiker-Gesellschaft, erschienen unter dem Titel: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945). Sie wurde aber auch in z.T. heftiger Polemik mit krassen, aber auch schamhaften (z.B. Tim Mason)

bürgerlichen Verdunklern und Weißwäschern aus der westlichen Historikerzunft entwickelt und verteidigt.

Gossweilers Analyse ist eine scharfe Waffe gegen die heute dominanten Faschismustheorien vom Typ „wahnwitziger Alleintäter Hitler“, verselbständigte irrational-faschistische Führungselite, wildgewordene Kleinbürger und Volksmassen – im Kern immer das Primat der Politik vor der Ökonomie postulierend und somit aus den mächtigen Herrn von Bank und Industrie letztlich arme von den Faschisten getriebene Opfer zu machen statt Agenten des monopolkapitalistischen Expansionszwangs.

Die Ergebnisse der Gossweilerschen Analyse

Thyssen

- heute Teil von ThyssenKrupp

Krupp

- heute Teil von ThyssenKrupp

Danatbank

- Darmstädter und Nationalbank
- erste deutsche Bank die in der Weltwirtschaftskrise 1929ff kollabierte
- auf Anordnung der Reichsregierung wurde die Danatbank anschließend mit der Dresdner Bank fusioniert

Dresdner Bank

- bildete mit der Danatbank ab 1930 eine Interessengemeinschaft

Opel

- Ende der 1920er Jahre größter Automobilbauer im Deutschen Reich
- seit 1929 Teil von General Motors

Bankhaus Stein

- steht exemplarisch für mehrere Bankhäuser, die mit beiden Seiten kooperierten

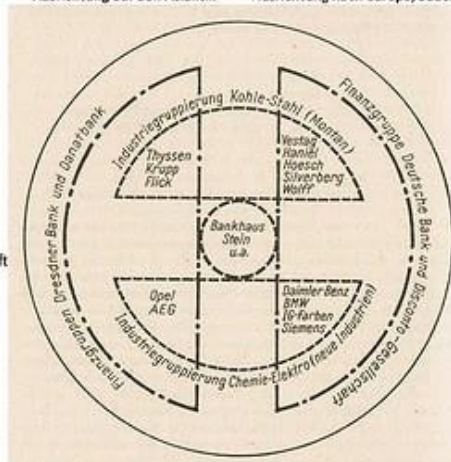
Kapitalfraktionen in Deutschland in der Zwischenkriegszeit

"Amerikanische Fraktion"

Ausrichtung auf den Atlantik

"Kontinentale Fraktion"

Ausrichtung nach Europa/Südost



Quelle: Kurt Gossweiler:
Großbanken - Industriemonopole - Staat,
Berlin 1971, S.344.

Vestag

- Vereinigte Stahlwerke

Haniel

- Franz Haniel & Cie, (heute)
- metallverarbeitende Industrie
- Schiffs- und Maschinenbau
- Tiefenbergbau

Hoesch

- Eisen- und Stahlwerk Hoesch AG
- Stahl- und Montanunternehmen
- 1991 von Krupp übernommen

Silverberg

- Großindustrieller
- u.a. Fortuna und Rheinbraun AG
- alle heute RWE

Wolff

- Großindustrieller
- u.a. Kreditkonsortium Russland
und Industriefinanzierungs-AG Ost
- Vater von Otto Wolff von
Amerongen, dem „Wegbereiter
des Osthandels“ und „heimlichen
Osthandelsminister“

IG-Farben

- aufgelöst nach 1945
aufgeleitet in: Agfa, BASF,
Cosella Farbwerke, Huels, Bayer
AG, Hoechst AG, Duisburger
Kupferhütte AG, Kalle,
Wacker-Chemie München,
Dynamit AG Troisdorf und Wasag
Chemie AG

Gossweiler kommt zum Ergebnis, dass die reaktionärsten usw. Elemente des Finanzkapitals in den „alten“ Industrien, der Schwerindustrie um die Vereinigten Stahlwerke mit Haniel (damals u.a. Deutsche Werft/HDW, GHH, MAN heute mit 73% bei Volkswagen = Piëch/Porsche, ...), Hoesch, u.a. unter der Führung der Deutschen Bank mit so berüchtigten Repräsentanten wie v. Stauss, Kirdorf, Vögler zu suchen waren. Sie bildeten ursprünglich die „alldutsche“ Fraktion im deutschen Monopolkapital. Diese drängte besonders zur Vernichtung der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften unter Ausschaltung nicht nur der Kommunisten, sondern auch der Sozialdemokratie. Sie waren es auch, die besonders zur kriegerischen Neuaufteilung der Welt drängten. Den Ausschlag aber bei der Machtübertragung an Hitler gaben die Industriemonopole aus den „neuen“ Industrien, von Chemie/Elektro, die auch unter der Führung der Deutschen Bank standen wie Daimler und BMW, Siemens und die IG Farben (nach dem Krieg BASF, Bayer, Hoechst u.a.). Sie gaben den Ausschlag, als sie in den Verhandlungen unter Vermittlung der Bankhäuser Schröder und Stein zwischen den Novemberwahlen 1932 und dem Machtantritt Hitlers sich mit der Schwerindustrie (und dem eng mit ihnen verbundenen preußischen Adel, den sog. Junkern) einigten – zunächst auf einen Reichskanzler Hitler, der von der DNVP (um den ehemaligen Krupp-Direktor Hugenberg) und die Zentrums-Clique um von Papen (seit Juni 1932 parteilos), „eingerahmt“ werden sollte. Zur Erinnerung: Diese Regierung hatte keine Mehrheit im Parlament.

Damit stellte Chemie/Elektro, der sog. Reformflügel des Finanzkapitals, sein „Maximal-Programm“ zurück. Dieses sah u.a. vor:

„5. Verbreiterung der Massenbasis der faschistischen Diktatur durch geringfügige Zugeständnisse und durch Heranziehung auch rechtssozialistischer und christlicher Gewerkschaftsführer an den faschistischen Staat.

6. Deutsch-französische Allianz, natürlich unter deutscher Führung auf der Grundlage der Zusammenarbeit der deutschen und französischen Chemie- und Kalikonzerne und einer Minderheitsbeteiligung der französischen Schwerindustrie an der verstaatlichten deutschen Rüstungsindustrie, mit dem Ziel der Beherrschung Europas und der Niederwerfung und Aufteilung der Sowjetunion als Vorstufen zur Errichtung der deutschen Weltherrschaft.“ (aus

Kurt Gossweiler, Röhme-Affäre und Monopole, S. 158, in: Deutsche Historiker-Gesellschaft, Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Westberlin 1973)

Mit der Machtübertragung an die Hitler-Faschisten war damit die Fraktion im deutschen Finanzkapital gescheitert, die eine Verständigung mit Frankreich d.h. mit dem französischen Monopolkapital und Heranziehung der rechten Sozialdemokratie ins Auge gefasst hatte. Ihre Hauptprotagonisten Schleicher und Röhm wurden am 30. Juni 1934 von der SS ermordet.

Der schwerindustrielle Flügel (ohne Thyssen u.a.) um die Deutsche Bank, nunmehr mit Unterstützung von IG Farben und Siemens, stand aber in scharfer Auseinandersetzung mit dem sog. „Amerika“-Flügel um die Dresdner- und Danat-Bank (geschwächt durch die Beinahe-Pleite im Juli 1931) mit der AEG sowie Thyssen u.a., die unter Vermittlung von Hjalmar Schacht (damals auch Präsident der Reichsbank) eng mit dem US-Finanzkapital, insbesondere dem Morgan-Trust verbunden waren.

„Die Unterschiede zwischen der politisch-strategischen und ökonomischen Konzeption der Schacht-Thyssen-Gruppierung und derjenigen der Göring/IG-Farben lassen sich auf folgende äußerst grobe, modellhaft konstruierte Formel bringen:

Schacht/Thyssen: Die gesteckten Ziele sind nur zu erreichen, wenn wir uns der Unterstützung der USA, wenigstens der wirtschaftlichen, versichern. Ohne diese Unterstützung reicht unser Potenzial nicht aus, um einen Krieg gegen Osten, gegen die Sowjetunion, und später auch gegen Westen zu führen. Dieser Krieg kann auf keinen Fall geführt werden, bevor wir uns nicht bei optimalem Tempo der Rüstung, das heißt, möglichst unter Vermeidung inflationärer und sonstiger krisenhafter Erscheinungen, bis an die Zähne bewaffnet, die notwendigen Vorräte angelegt und Reserven bereitgestellt haben.

Göring/IG Farben: Unsere Ziele werden uns unvermeidlich in Gegensatz zu allen am status quo interessierten Großmächten bringen. Der Krieg lässt sich nicht auf den Kontinent (einschließlich Sowjetunion) beschränken, sondern Großbritannien und wahrscheinlich auch die Vereinigten Staaten werden im Krieg von Anfang an auf der Gegenseite stehen. Ihr Ziel ist es zunächst, Deutschland und die Sowjetunion sich im Kampf gegenseitig erschöpfen zu

lassen. Das gegnerische Lager wird bald den deutschen Rüstungsvorsprung aufholen. Unser Potenzial reicht für einen längeren, großen Krieg nicht aus. Der einzige Ausweg liegt in einer maximal forcierten Rüstung für eine Reihe von Blitzkriegen, mit denen man nicht mehr lange warten kann, und wirtschaftlich in einer wenigstens zeitweilig aufrechterhaltenen Autarkie als Mittel gegen Blockade.“ (D. Eichholtz/K. Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in Argument, Juli 1968, S. 221)

Die Schacht/Thyssen-Linie, das heißt Unterordnung unter den US-Imperialismus, wird 1936 mit dem Vierjahrplan unter Führung der IG Farben zurückgedrängt. 1937 tritt Schacht als Wirtschaftsminister zurück, als Reichsbankpräsident, der immerhin die Finanzierung der Kriegsrüstung finanziell und währungspolitisch abgesichert hatte, wird er im Januar 1939 abgelöst. Thyssen verlässt im September 1939 Nazideutschland (wird aber von Vichy an die Gestapo ausgeliefert; er wird als „Sonderhäftling“ in „Ehrenhaft“ gehalten, u.a. in Sachsenhausen und Buchenwald).

Was dann kommt, ist bekannt: Mit dem Überfall auf Polen wird der Schlag gegen den Westen vorbereitet, der den Rücken frei machen soll gegen den eigentlichen Feind des Imperialismus, gegen die Sowjetunion. Die alldeutsch-schwerindustrielle Linie hatte sich durchgesetzt und die übrigen Fraktionen des Finanzkapitals für sich gewonnen durch die Riesenprofite, die zunächst die Aufrüstung, dann der Krieg brachte.

Erst war also die Fraktion ausgeschaltet worden, die die Verständigung mit Frankreich suchte, um zur Welt dominanz zu gelangen (Röhm-Affäre), dann die Fraktion, die **zum gleichen Ziel** die zeitweise Unterordnung unter der US-Imperialismus befürwortete (Amerika-Flügel um Thyssen/Schacht), so dass nur noch die Fraktion übrigblieb, die nun auch den Krieg mit dem „Westen“ vorbereitete.

Die wissenschaftliche Leistung ...

Die Entwicklung der Fraktionen verfolgt Gossweiler zurück in die Anfangsjahre des deutschen Imperialismus. als sich die Kapitalisten der Ruhrkohle- und Stahlindustrie mit den preußischen Junkern 1878 auf eine Schutzzollpolitik für Eisen (gegen englische Kapitalisten) einerseits und Getreide (gegen Importe aus Russland und Amerika) andererseits einigten. Im

gleichen Jahr erfolgte mit dem Sozialistengesetz das Verbot der damals revolutionären Sozialdemokratie (damals SAP, seit 1890 SPD).

Damit ist auch das Profil sehr knapp umrissen: Von der Konkurrenz in der Existenz bedroht und deshalb aggressiv nach Außen und Innen, den Staat benutzen ohne sich von ihm ins Geschäft hineinregieren zu lassen.

Dem gegenüber stehen die damals neuen Industrien wie Chemie und Elektro, die mit überlegener Technik eine führende Rolle auf den Weltmärkten erobert haben und durch ihre raschen technischen Entwicklungen und durch Patente hohe Extraprofiten erzielen. Sie sind für Freihandel und versuchen, ihre gesellschaftliche Basis zu erweitern durch Bestechung einer Oberschicht der Arbeiter und durch Reformen Führer aus Gewerkschaften und Partei herüberzuziehen.

Dabei halten beide Gruppierungen an ihren monopolistischen und den gesamtimperialistischen Zielen Deutschlands fest – die neuen Industrien kommen jedoch mit dem Flair des Modernen, Liberalen und Fortschrittlichen daher.

...gegen Schematismus

Es zeichnet den Wissenschaftler im besten Sinne aus, dass er keine Schemata liefert, sondern auf mögliche Einwände eingeht:

„Die gegensätzlichen Linien der Schwerindustrie und der neuen Industrien sind zwar objektiv vorhandene, von denen es aber auf beiden Seiten eine Vielzahl von Abweichungen und oft geradezu eine Verkehrung der Fronten und ein Überlaufen ins gegnerische Lager gibt. Kapitalismus ist nicht nur gleichbedeutend mit tausendfachen Interessengegensätzen, sondern auch mit tausendfachen Interessenverflechtungen, aus denen sich ein verwirrendes Gewebe ergibt, durch das sich die Linien der unterschiedlichen Gruppeninteressen – an einer Stelle deutlich, an einer anderen kaum erkennbar – als Grundmuster hindurchziehen.“ (S. 28)

Das öffnet auch den Blick auf eine von Schematismus freie Sicht auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ja, die Monopole haben sich den Staat weitgehend untergeordnet, aber um die Durchsetzung der Interessen der einzelnen Monopole und ihrer Allianzen gibt es Konkurrenz, z.T. heftig, so weit sogar, dass sich manche blenden lassen und als

fortschrittlich oder liberal gelten lassen, was in Wirklichkeit nur eine andere Verkleidung der Diktatur des Finanzkapitals ist.

Es gilt das **dominierende** Interesse herauszufinden, das letzten Endes die Linie des Handelns bestimmt. Erst damit gewinnen wir einen Schlüssel für das „*Verständnis der konkreten Einwirkung der Monopole auf die Politik, für die Umsetzung von Ökonomie in Politik durch das Monopolkapital.*“ (s. S. 36)

... durch Anerkennen von Schwächen

Große Forscher sind sich auch der offenen Fragen und der Defizite der eigenen Analyse bewusst, hier nur ein paar Beispiele: In seinen Schriften weist Gossweiler verschiedentlich darauf hin, dass etwa Fraktionen im Monopolkapital der anderen imperialistischen Großmächte und die Widersprüche zwischen diesen Imperialisten z.B. zwischen Großbritannien und den USA in den 1920er Jahren im Kampf um die Aufteilung der Ölquellen und der Einflussphären in den arabischen Staaten und im Iran, im sog. Nahen und Mittleren Osten, stark vernachlässigt werden mussten.

Auch die Rolle bestimmter Zwischenstaaten wie z.B. die Niederlande mit bedeutenden Monopolen wie Philips oder Shell, oder Schweden und die Schweiz, die als Drehscheiben, Vermittler z.T. ausschlaggebend Entscheidungen beeinflussen konnten.

Oder auch die Aktenlage: Zwar, klagte mir Kurt einmal, waren der DDR viele Akten zur Deutschen und Dresdner Bank in die Hände gefallen, ein schwieriges Terrain blieb aber für die Historiker der DDR die Entwicklung in Bayern, jedenfalls soweit sie mit August von Finck verknüpft ist und damit mit solch gerade heute wieder bedeutenden Teilen des deutschen Finanzkapitals wie Allianz und Münchner Rück.

... durch Aufdecken der Gesetzmäßigkeit

Doch durch all diese Schwierigkeiten hindurch legt Gossweiler die Gesetzmäßigkeit hinter der Bildung von Gruppierungen im Monopolkapital offen:

langes Zitat: „*Das Beispiel Bethmann Hollweg und Ludendorff kann uns helfen den dialektischen Wirkungsmechanismus imperialistischer Politik, die*

spontane Kombination von gegensätzlichen imperialistischen Interessen im imperialistischen Gesamtinteresse, besser zu verstehen. Auf dem Boden der kapitalistischen Konkurrenz erwächst unausweichlich die Konkurrenz verschiedner Linien imperialistischer Politik. ...

Welche der konkurrierenden Linien imperialistischer Politik im gegebenen Zeitpunkt realisierbar ist, hängt viel weniger von der ökonomischen Stärke der hinter ihr stehenden Monopole ab als von der innen- und außenpolitischen Gesamtlage des jeweiligen Imperialismus, d.h. vom inneren Kräfteverhältnis und von der Stärke im Vergleich zu dem imperialistischen Konkurrenten bzw. vom Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus. Aus dieser Wechselwirkung der verschiedenartigsten Kräfte ergibt sich, dass aus dem Kampf der Strömungen und Gruppen innerhalb der kapitalistischen Klasse durchaus nicht immer die stärkste Gruppe als Sieger hervorgeht, sondern dass sich gewöhnlich jene Gruppen durchsetzen, deren spezifische Gruppeninteressen in einem gegebenen Zeitpunkt am meisten dem Gesamtinteresse des jeweiligen Imperialismus kongruent sind und deren individuelle Lage am meisten der des jeweiligen Imperialismus entspricht. Daraus ergibt sich, dass man aus der Zusammensetzung einer Regierung nicht ohne weiteres Schlussfolgerungen über die Stärke der miteinander um die Vormachtstellung ringenden Monopolgruppen ziehen kann. Will man – bei Kenntnis ihrer allgemeinen Zielsetzung – die Ursachen für die konkrete Politik einer imperialistischen Regierung aufdecken, dann kann am Anfang nicht die Analyse der Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu bestimmten Gruppen der Monopolbourgeoisie, sondern muss die Untersuchung der Gesamtsituation des zu untersuchenden Imperialismus stehen.

Aus dem Gesagten ergibt sich als eine Eigenart imperialistischer Politik, dass die Vertreter einer bestimmten imperialistischen Linie die einer anderen gewöhnlich, und nicht einmal zu Unrecht, als Gegner ansehen und bekämpfen, die der erfolgreichen Durchsetzung der eigenen Linie Hindernisse in den Weg legen, und dass dennoch sie alle sich ergänzen, aufeinander angewiesen sind und erst zusammen die Kontinuität imperialistischer Politik über die gegensätzlichsten Situationen hinweg möglich machen. Ja, erst die gleichzeitige Existenz verschiedener Linien imperialistischer Politik gibt dieser die Elastizität, sich an neue Situationen anzupassen und eine kompromittierte und festgefahrene Politik gegen eine ‚neue‘ auszutauschen,

die dasselbe Ziel auf geschicktere Weise zu erreichen sucht, zugleich bietet erst diese Vielfalt die Möglichkeit, jederzeit eine Massenbasis für jede Variante imperialistischer Politik vorzubereiten.“ (Zitat Ende aus Großbanken, ...S. 56 f.)

Dieses „Gossweilersche Gesetz“ bestätigt in seiner Analyse der Politikentwicklung im deutschen Imperialismus glänzend die Dialektik von Einheit und Widerspruch.

Die Bedeutung für heute

Wir können den Ball von Kurt Gossweiler aufnehmen:

Das strategische Ziel des Gesamtimperialismus war seit 1918 die Beseitigung der Sowjetunion. Diesem Ziel waren die zwischenimperialistischen Widersprüche untergeordnet, aber wenn auch z.T. verdeckt, höchst wirksam. Der Faschismus in Deutschland wurde unter dem Gesichtspunkt des Antikommunismus und Antisowjetismus von den westlichen Alliierten gefördert. Innerhalb des deutschen Monopolkapitals wurde die Linie eines Ausgleichs mit Frankreich 1934 im Juni-Massaker, der sog. Röhm-Affäre, liquidiert. Die Linie der Unterordnung unter die USA wurde 1936 mit der Hitler-Rede zum Vierjahrplan beseitigt. Der Angriff auf die Sowjetunion sollte nicht stattfinden als Werkzeug der Finanzgewaltigen in New York, London oder Paris, sondern auf eigene Faust und Rechnung durch vorherige Unterordnung Frankreichs und Resteuropas unter Einschluss (oder Neutralisierung bis zum Sieg über die SU) Großbritanniens.

Im Ergebnis des 2. Weltkriegs waren die Sowjetunion und die antikolonialen Befreiungsbewegungen und die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern erstarkt, aber auch die USA. Das strategische Ziel des Gesamtimperialismus war nun das Rollback des sozialistischen Lagers inklusive der DDR. Die USA waren zur dominierenden Macht im Imperialismus geworden. Ihre zwei Hauptziele, erstens, die Dominanz im Imperialismus aufrecht zu erhalten und zweitens, den Widerstand der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker unter Führung der SU zu brechen, erschienen zunächst nicht widersprüchlich. Der Widerspruch

zwischen den beiden Hauptzielen des US-Imperialismus entfaltete sich innerhalb und außerhalb der USA erst im Lauf der Nachkriegsjahre.

Der auf Westdeutschland reduzierte deutsche Imperialismus konnte ohne Unterstützung des US-Imperialismus nicht an den Wiederaufstieg denken. „Bollwerk gegen den Osten“, aggressive Frontstellung gegen die Sowjetunion und die DDR und scharfe Unterdrückung des kommunistischen Einflusses in Westdeutschland selbst – damit wurden die Dollars eingeworben. Doch schon durch die Montanunion mit Frankreich 1951 schaffte sich der alte schwerindustriell-alldeutsche Flügel des deutschen Monopolkapitals eine Ausgangsbasis, um mit den USA zu rivalisieren durch Stärkung des Einflusses in Europa. Der unverbesserliche Separatist und nationale Verräter Adenauer war über seine vielen Verbindungen zu Frankreich und zu den USA (Kölner Klüngel, McCloy etc.) der geeignete Mann, dieses Doppel-Spiel zwischen dem französischen und dem US-Imperialismus im Gesamtinteresse des deutschen Imperialismus an führender Stelle zu betreiben und mit der Spaltung Deutschlands zu krönen.

Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, auf die weitere Entwicklung der Kapitalfraktionen einzugehen. Soviel nur: Nach der vollständigen Wiederherstellung der Deutschen Bank 1957 finden wir in ihrem Aufsichtsrat die Namen solch bekannter Nazi-Kriegsverbrecher wie Hermann Schmitz von den früheren IG Farben, Helmut Zangen von Mannesmann und Hermann von Siemens – ja von wem wohl?

Die Dresdner ebenfalls 1957 rundum auferstanden, kann ihren Aufsichtsrat mit Alfried Krupp von Bohlen und Halbach und Friedrich Flick schmücken. Soviel zur Kontinuität der Strukturen in Deutschland, die Krieg und Faschismus hervorgebracht haben!

Schluss

Wir erhalten mit der Theorie der Kapitalfraktionen einen Seismographen, der die Erschütterungen in der herrschenden Klasse anzeigt. Und solche Erschütterungen sind für Revolutionäre ja eine Vorbedingung von Revolution:

Wenn die Herrschenden untereinander nicht mehr einig sind, nicht mehr so können wie sie wollen ...²

Und sie ist ein Mikroskop, unter dem wir schärfer sehen können, welche Interessen hinter manchen Positionen, die auf den ersten Blick nach Frieden und Demokratie aussehen, nur eine Variante der Politik der Monopolbourgeoisie steckt.

Kurt Gossweiler hat im Vorwort zu „Großbanken ...“, auf die damalige neue Ostpolitik eingehend, dazu ausgeführt:

„Der Sozialdemokratismus ist seit Jahren darum bemüht, die flexible Variante imperialistischer Politik, wie sie z.B. in der `neuen Ostpolitik` der Brandt-Scheel-Regierung praktiziert wird, als eine echte Alternative zur offen aggressiven politischen Linie eines Franz-Josef Strauß anzubieten. Der moderne Revisionismus unterstützt solche Bemühungen durch die Verbreitung der These, die flexible, raffiniertere imperialistische Politik sei eine Linie `vernünftiger`, `realistischer` Politiker, die sich zur friedlichen Koexistenz und damit zur Absage der Beseitigung des Sozialismus bekehrt hätten. Ultralinke Abenteurer wiederum treten mit der Behauptung auf, die Unterschiede der beiden taktischen Linien der Politik des Imperialismus seien für die Arbeiterklasse völlig ohne Belang, so dass man sie überhaupt nicht berücksichtigen dürfe.“³

Vielleicht hätte die Konterrevolution 1989 nicht so einfach siegen können, wenn die kommunistischen und Arbeiterparteien auf Kurt Gossweiler gehört hätten. Statt: vom Revisionismus durchsetzt, von der Friedensfähigkeit des Imperialismus im Allgemeinen zu schwärmen und die Aggressivität des deutschen Imperialismus im Besonderen zu unterschätzen. Und vielleicht

² „Erst dann, wenn die Unterschichten das Alte nicht mehr wollen und die Oberschichten in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“ (Lenin, Der `linke Radikalismus`, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 71)

³ Kurt Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat - Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus 1914–1932, Berlin 1971, S. 9

hätte die Linke in Westdeutschland besser dem Siegeszug des deutschen Imperialismus widerstanden, wenn sie statt in der Friedensbewegung mit ihrem Hauptstoß gegen den US-Imperialismus aufzugehen, sich stärker dem Aggressionskurs des Monopolkapitals im eigenen Land widersetzt hätte.

Kurt Gossweiler wollte eigentlich nichts mehr zu Faschismus schreiben, sondern sich nur noch der Klärung der Frage nach den Ursachen des Siegs der Konterrevolution und die Rolle des Revisionismus widmen. Seiner Lust zur Teilnahme an den Diskussionen in der Linken sei Dank hat er diesen Vorsatz nicht wirklich eingehalten. Ganz in der Tradition seiner Forschungen veröffentlicht er 2005, im zarten Alter von 87 Jahren: „Der deutsche Imperialismus und der Platz des Faschismus in seinem Herrschaftssystem heute“:⁴

„Der deutsche Imperialismus hat aus den zwei Niederlagen, die er erlitt, als er im Alleingang bzw. mit nur so schwachen Bundesgenossen wie Österreich und Türkei im ersten, Italien und den Satellitenstaaten der 'Achse' Berlin-Rom in Europa im zweiten Weltkrieg glaubte, die ganze übrige Welt niederringen zu können, gelernt und daraus die Schlussfolgerung gezogen: er kann den dritten Anlauf zum Griff nach der Weltherrschaft nicht mehr mit einem durch Waffengewalt unterworfenen Europa als Hinterland unternehmen, sondern nur mit einem Europa, das Deutschland als die stärkste ökonomische und politische Macht des Kontinents als Führungskraft einer Europäischen Union anzuerkennen bereit ist.

In der Tat hat die BRD als stärkste ökonomische Macht in Europa und dritt- oder gar zweit-stärkste ökonomische Macht in der Welt die Vorherrschaft in der Europäischen Union erlangt und strebt danach, die Europäische Union unter deutscher Führung zur ökonomisch, politisch und militärisch den USA zunächst ebenbürtigen, dann aber sie überholenden Macht auszubauen.“

Auf dieser Gossweilerschen Grundlage aufzubauen ist sinnvoll und lohnenswert, um wieder die Monopole ins Blickfeld zu bekommen und damit das Profitsystem. Ohne Sturz dieses Systems durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten werden Krieg, Elend, Unsicherheit der Existenz, faschistische Gefahr unvermeidliche Begleiter unseres Lebens sein.

Kurt, der Analytiker der größten Niederlagen der Arbeiterbewegung, des Faschismus 1933 und der Konterrevolution 1989, blieb trotzdem immer revolutionärer Optimist.

Er zitierte gelegentlich die Vietnamesen: Erstens sind wir dagegen, zweitens haben wir keine Angst!

Jürgen Lloyd: Zwischen Verteidigung demokratischer Rechte und Kampf für die Revolution

Zur antifaschistischen Strategie der KPD in der Weimarer Republik.

„Eine historische Untersuchung, ganz besonders eine Arbeit über die faschistische Diktatur würde ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie sich nicht darum bemühte, aus der Geschichte Schlussfolgerungen abzuleiten, die helfen können, Antwort auf die brennenden Fragen der Gegenwart zu geben.“⁵

Dieses Zitat – es stammt aus Kurt Gossweilers Dissertationsschrift zum sogenannten „Röhm-Putsch“ – markiert einen grundsätzlichen Anspruch, der in meinen Augen für Kurt und seine Arbeit kennzeichnend ist: Theoretische Arbeit, akribische Arbeit, sorgfältige, kritische und selbstkritische Wissenschaft stellt keinen Selbstzweck dar. Sie muss Antwort auf praktische Fragen liefern. Ohne dass sie auf gesellschaftliche Praxis bezogen ist, würde die Theorie ihre Aufgabe verfehlen.

Es ist wohl naheliegend, dass dies in ganz besonderem Maß für die Untersuchung der unterschiedlichen Ansätze antifaschistischer Strategie in

⁵ Kurt Gossweiler (2009): Der Putsch der keiner war. Die Röhm-Affäre 1934 und der Richtungskampf im deutschen Faschismus, PapyRossa, Köln 2009, S.431. Der Text der Dissertationsschrift von 1963 wurde erstmals 1983 veröffentlicht.

der Weimarer Republik zutrifft. Dies gilt schon deswegen, weil wir aus dieser Untersuchung Erkenntnisse über heutige antifaschistische Strategien uns erarbeiten können. Aber mehr noch: Die Frage von Faschismus und Antifaschismus betrifft darüber hinaus auch den Kernbereich jeglicher politischer Strategie im entwickelten Kapitalismus. Dass dies so ist, ist nicht zufällig und auch nicht etwa, weil die Gefahr des Faschismus eine so bedeutende Herausforderung für uns darstellt, sondern es ist deswegen so, weil sich Faschismus nicht erklären lässt, ohne zugleich ein Verständnis für den grundlegenden Charakter der Herrschaft des imperialistischen Finanzkapitals zu entwickeln. Und auch anders herum gilt: Die Klassenherrschaft der imperialistischen Monopolbourgeoisie lässt sich nicht verstehen, ohne einen zutreffenden Begriff von Faschismus zu entwickeln. Kein Wunder also, dass diese Fragen umkämpft sind.

Die Geschichte einer Untersuchung zur antifaschistischen Strategie von KPD und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik⁶, die Kurt Gossweiler erarbeitet hat, zeigt selber diese zwangsweise Umstrittenheit. Kurt hat sie 1957 als Studie für die Parteibildungsarbeit zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angelegt, dann jedoch, nachdem er sie mit einigen Genossen diskutiert hatte, davon Abstand genommen, sie zu veröffentlichen. Der Grund war, dass Kurt Gossweiler Beifall von der falschen Seite befürchtete. Nämlich von Seite derjenigen, die im Zuge der willfährigen Distanzierung von der eigenen Geschichte durch so manche Genossinnen und Genossen nach dem 20. Parteitag der KPdSU sich über Material freuten, mit dem sie ihre Distanzierung von der Geschichte der Thälmannschen KPD füttern wollten.

In seiner Untersuchung hatte Kurt nämlich auch gewissenhaft und selbstkritisch die Schwächen und Fehler in der Politik der KPD analysiert und benannt. Doch hier zeigt sich der Anspruch von Kurt Gossweiler an seine

⁶ Kurt Gossweiler (2001): Zur Strategie und Taktik der SPD und KPD in der Weimarer Republik, verfasst 1957, zuerst veröffentlicht in der Schriftenreihe der KPD Heft 78 I u. II (Januar 2002), Nachdruck in: Kurt Gossweiler (2017): Wie konnte das geschehen?, Bd.2, KPD und offen-siv, Bodenfelde 2017, S.6-125, (Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf diese Ausgabe), online verfügbar unter <http://kurt-gossweiler.de/?p=735>

wissenschaftliche Arbeit. Denn diese Untersuchung war zur Stärkung und Verbesserung des Kampfs der Kommunistinnen und Kommunisten gemacht worden. Und das ist etwas anderes als das feige Herausstellen aus der eigenen Geschichte und die von Kurt kritisierte Bereitschaft, die Leistungen der KPD auf dem Altar des Antistalinismus zu opfern. Diesen Bemühungen Material zu liefern hat er abgelehnt.

Seine Thesen zum Vergleich der antifaschistischen Strategie der Sozialdemokratie und der Kommunisten sind schließlich erst nach der Konterrevolution veröffentlicht worden, als Kurt zu Recht davon ausgehen konnte, dass der mögliche Nutzen zur Formulierung und Präzisierung einer Strategie der Kommunistinnen und Kommunisten im antifaschistischen Kampf – also das Ziel, zu dem er seine Untersuchung angefertigt hatte – nun wieder wichtiger wurde, als der mögliche Beifall von falscher Seite. Und zu Recht: Der Verfall strategischen Denkens in der kommunistischen Bewegung war und ist so weit fortgeschritten, dass das Wasser, welches Gossweilers Kritik an der Politik der KPD in der Weimarer Republik auf die Mühlen der Revisionisten leiten könnte, diese heute bestenfalls rückwärts laufen lassen würde.

„Zur Strategie und Taktik der SPD und KPD in der Weimarer Republik“

Nutzen wir also diese Untersuchung! Sie liefert meiner Überzeugung nach wertvollstes Material zur Unterstützung unserer notwendigen Aufgabe, eine wirksame Strategie im Kampf gegen den Faschismus zu formulieren und mit ihr unseren antifaschistischen Kampf zu leiten. Sie liefert nicht nur Material für unsere antifaschistische Strategie, sondern – und das liegt wieder daran, dass das Thema Faschismus so zentral auch den Umgang mit jeglicher Form der Klassenherrschaft des Finanzkapitals berührt – sie liefert auch Material für unsere Strategie zur Überwindung der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie überhaupt.

Was sind – wenn ich nun versuchen soll, die Ergebnisse von Kurt Gossweilers Untersuchung zusammenzufassen – die wesentlichen Aussagen darin? Es sei dabei betont, dass die Zusammenfassung nicht das Studium von Gossweilers Untersuchung ersetzen soll, sondern im Gegenteil Anlass sein soll, (im

Idealfall gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen) diesen Text zu studieren und seine Lehren sich anzueignen.

Gossweiler analysiert zuerst die Funktion und die Haltung der Sozialdemokratie, die während der ganzen Zeit der Weimarer Republik ihre vorherrschende Rolle innerhalb der Arbeiterklasse behaupten konnte. Er differenziert dabei zwischen den rechtssozialistischen Führern, die er als „direkte Handlanger der imperialistischen deutschen Bourgeoisie“ (S.10) kennzeichnet und einer in sich noch weiter sich differenzierenden Mitgliedschaft.

Vorrangiges Ziel der ersteren war es, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abzuhalten. Die rechten Führer der Sozialdemokratie mussten dafür auf die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse und deren Isolierung von der revolutionären Vorhut setzen.

In der Anhängerschaft fanden sich unterschiedliche Linien: Es fand sich sowohl eine selber imperialistisch gesinnte, von Lenin „Arbeiteraristokratie“ genannte Schicht; es fand sich in der Masse ein ehrlich den Sozialismus anstrebender – aber in reformistischen Illusionen über die bürgerliche Demokratie und den Weg zum Sozialismus befangener – Hauptteil der Anhängerschaft; und es fand sich eine innerparteiliche Opposition zur rechten Führung, die für eine konsequente proletarische Klassenpolitik eintrat.

Neben dieser notwendigen Differenzierung unterschiedlicher Linien innerhalb der Sozialdemokratie unterscheidet Gossweiler aber auch die sich verändernden Möglichkeiten und Bedingungen zur Durchsetzung dieser Positionen in den verschiedenen Phasen der Weimarer Republik.

In der ersten revolutionären Nachkriegsphase musste der Führung der Sozialdemokratie die Rolle zufallen, die revolutionären Bestrebungen zu bremsen, die Masse der kämpfenden Arbeiterklasse mit Zugeständnissen und Demagogie einzufrieden und von der revolutionären Vorhut zu isolieren. Sie erwies sich auch als zuverlässiger Sachwalter der Bourgeoisie bei der Aufgabe, die bewaffneten revolutionären Arbeiter und die Rätebewegung blutig zu zerschlagen. Doch auch für diese Phase konzidiert Gossweiler:

„Die sozialdemokratischen Arbeiter dagegen sind in ihrer Masse auch unter dem Kommando ihrer eigenen Führer (Ebert, Scheidemann, Noske) nicht

bereit, mit der Waffe gegen ihre kommunistischen Klassengenossen zu kämpfen.

Während die Taktik der Bourgeoisie und der rechten Führer dahin geht, den Graben zwischen SPD und KPD zu vertiefen und mit vergossenem Arbeiterblut und tödlichem Hass anzufüllen, um ihn unüberbrückbar zu machen, rufen die Vorstöße der Reaktion (Kapp-Putsch, Ermordung Erzbergers und Rathenaus, faschistische Gefahr 1923) und das wachsende Elend bei den sozialdemokratischen Arbeitern verstärkte Bestrebungen zur gemeinsamen Abwehr und zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse hervor.“ (S.13)

In der Phase der relativen Stabilisierung (ungefähr von 1924-1928) ändert sich die Aufgabenstellung für die SPD-Führung und ebenso die Möglichkeiten zu deren Umsetzung. Die uns wohl wenig überraschende Tatsache, dass die Politik der SPD-Führung durch die sich ändernden Herrschaftsinteressen und Herrschaftsbedingungen der Monopolbourgeoisie bestimmt war, führte dazu, dass es nun darum gehen musste, die Festigung der Macht des deutschen Imperialismus zu gewährleisten und seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu stärken. Das wurde dadurch geleistet, dass Wirtschaftskämpfe in für die Bourgeoisie verträgliche Bahnen gelenkt wurden und Errungenschaften der Novemberrevolution schrittweise revidiert wurden. Dieses Unterfangen fiel der sozialdemokratischen Führung dadurch relativ leicht, weil die Lage der Arbeiterklasse sich im Vergleich zu den unmittelbaren Nachkriegsjahren spürbar verbesserte und die erwünschten Illusionen über den reformistischen Weg zur allmählichen Besserung auf fruchtbaren Boden gesät werden konnten.

In der folgenden Periode der sich wieder zuspitzenden Klassauseinandersetzungen ging es nach Gossweiler um die Alternative: *„Entweder revolutionärer Ausweg aus der Krise durch Massenaktionen gegen die Grundlagen der Macht des Monopolkapitals - oder kapitalistischer Ausweg aus der Krise - d.h. Errichtung der faschistischen Diktatur über die deutsche Arbeiterklasse und das gesamte deutsche Volk.“ (S.14)*

Für die rechte Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war der erste Weg des revolutionären Auswegs aber nicht begehbar. Sie hätten dazu ihre eigene Funktions- und Existenzweise als Sachwalter des Imperialismus

über den Haufen schmeißen müssen. Ihre Festlegung auf die Verteidigung der bürgerlichen Ordnung hatte so zwangsweise zur Konsequenz, dass sie letztlich zu Wegbereitern (wenn auch vielleicht zu manchmal subjektiv ungewollten Wegbereitern) des Faschismus wurden.

Dabei musste die sozialdemokratische Führung tendenziell in zunehmenden Widerspruch zur Masse der sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiter kommen. Die Angriffe der Bourgeoisie gegen die übrig gebliebenen ökonomischen und politischen Errungenschaften der Novemberrevolution und der brutale Druck zur Senkung von Löhnen und Arbeitslosigkeitsunterstützung führte zu einer verstärkten Kampfbereitschaft auch in den sozialdemokratisch orientierten Teilen der Arbeiterklasse. Auch wenn deren Einflussnahme auf die SPD zunahm, blieb die Sozialdemokratie doch zuverlässig an die Interessen der Bourgeoisie gebunden. Um dies zu gewährleisten setzte die rechte Führung auf

- eine verstärkte Demagogie bis hin zur Erklärung des Sozialismus zur Tagesaufgabe,
- sie setzte auf die Propaganda des „kleineren Übels“ als das auch ein Brüning und ein Hindenburg, ein Papen und ein Schleicher gegenüber Hitler verkauft wurde,
- sie setzte auf eine Lähmung der Kampfbereitschaft mit der Propaganda, in einer Krise könne kein Streik geführt werden und
- mit der Behauptung, ein Hitler an der Regierung würde schnell „abwirtschaften“ oder
- mit der Einschätzung, die Gefahr des Faschismus läge in der Zahl der Nazi-Wähler- und Anhängerschaft und – da deren Wahlergebnisse im November 1932 sanken – sei Entwarnung angesagt, und
- sie setzte schließlich auf die fortzuschreibende Spaltung der Arbeiterklasse, die Verhinderung der Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Gossweiler fasst seine Darstellung der Politik der SPD selber wie folgt zusammen: *„Von einer Strategie und Taktik der SPD in der Weimarer Republik zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung kann nicht*

gesprochen werden. Die offizielle Strategie und Taktik der SPD ist die Strategie der rechten Führer, d.h. von Feinden der Einheit der Arbeiterklasse, und deshalb gerichtet auf die Verewigung der Spaltung. Dessen ungeachtet liegen die objektiven Interessen und zu einem großen Teil auch das subjektive Wollen der sozialdemokratischen Arbeiter in der Überwindung der Spaltung, in der Erringung der Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes. Dieses objektive Klasseninteresse musste die Grundlage sein für die Strategie und Taktik der einzigen Partei, die sich vom Augenblick ihrer Gründung an das Ziel der Wiedererringung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf der revolutionären Grundlage des Marxismus gesteckt hatte, der Kommunistischen Partei Deutschlands.“ (S.19)

Die Strategie der KPD

Die Politik und Rolle der KPD kennzeichnet Gossweiler als fortgesetztes Bemühen um die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des unverfälschten revolutionären Marxismus. Dieses Ziel liegt darin begründet, dass die Überwindung der Spaltung die Voraussetzung zum Sieg über den Imperialismus und für die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr der Menschheit ist.

Über die richtige Taktik zur Wiedererlangung der Einheit wurde jedoch gestritten und es wurde nicht nur gestritten, sondern die KPD und die Kommunistische Internationale hat dabei auch in der praktischen Politik rechte wie „linke“ Fehler begangen. Gossweiler bezieht sich in der Beurteilung der richtigen Taktik auf Lenin und insbesondere dessen Schrift über den „linken Radikalismus“ als Kinderkrankheit im Kommunismus⁷.

Mit Lenin stellt er fest, dass die Einheit nur durch Überwindung des Einflusses der Spalter der Arbeiterbewegung, der opportunistischen sozialdemokratischen Führer, auf die Mehrheit der Arbeiterklasse erreicht werden kann. Der Kampf gegen die rechten Führer dürfe aber nicht zum Selbstzweck werden, sondern es müsse deutlich sein, dass der Kampf gegen

⁷ Wladimir I. Lenin (1920): Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in LW Bd.31, S.1-106

sie geführt wird, „um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen“, wie Lenin es formuliert hat.

Der Weg dazu ist es, der Arbeiterklasse zu ermöglichen, durch eigene Erfahrungen das Bewusstsein der gemeinsamen Klasseninteressen gewinnen zu lassen und ihr in den gegen den Klassengegner gerichteten Kämpfen die Erfahrung zu vermitteln, dass die Kommunisten Vorkämpfer für die Arbeitereinheit und den Kampf gegen den gemeinsamen Klassengegner sind.

Explizit fordert Gossweiler, *„zu allen Bündnissen und Abkommen mit nichtkommunistischen Parteien und Organisationen bereit zu sein, hinter denen proletarische Massen stehen, sofern ein solches Bündnis zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse führt und die Positionen des Imperialismus schwächt.“* (S.23, Hervorhebung JL)

Die hier hervorgehobene Spezifizierung ist wichtig, denn aus ihr ergibt sich erst der Sinn dieser richtigen Bündnisorientierung und sie setzt sich – wie es notwendig ist – von den verbreiteten opportunistischen Verfälschungen dieser Bündnisorientierung ab.

Nach einer eingehenderen Schilderung der Schwankungen in der Politik der KPD, in der er diese auch differenziert für die zeitlichen Perioden analysiert, geht Kurt in seiner Untersuchung auf den zentralen Punkt der Einschätzung der Sozialdemokratie ein. Er beschreibt, dass die Erfahrungen mit der Sozialdemokratie durchaus einen berechtigten Grund lieferten, für eine Einschätzung, wie sie vom Exekutivbüro der Kommunistischen Internationale im Jahr 1924 getroffen wurde: *„Aber noch gefährlicher als die rechten sind die linken SPD-Führer, diese letzte Illusion der betrogenen Arbeiter, diese letzten Feigenblätter für die schmutzige konterrevolutionäre Politik der Severing, Noske und Ebert. Die KPD lehnt nicht nur jede Verhandlung mit der Zentrale der SPD ab, sondern auch mit den ‘linken’ Führern, bis diese Helden nicht wenigstens so viel Mannhaftigkeit finden werden, um offen mit der konterrevolutionären Bande, die im Parteivorstand der SPD sitzt, zu brechen.“* (EKKI 1924, zitiert nach Gossweiler S.29f)

Doch damit sei eben nur eine Seite des Problems berührt. Die andere Seite sei, dass das Auftreten der sozialdemokratischen Linken immer auch Ausdruck einer Linksentwicklung der sozialdemokratischen Massen ist. Und diese Seite nicht genügend zur Kenntnis zu nehmen zu haben beurteilt Gossweiler als

einen Fehler der KPD. Der Fehler bestehe darin, nur die Gefahr der linken Führer als Feigenblätter für konterrevolutionäre Politik zu erkennen, nicht aber die Entwicklung der sozialdemokratischen Anhängerschaft – oder zumindest eines Teils – hin zu einer Annäherung an klassenkämpferische kommunistische Positionen. Es sei aber eben Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten, gemäß der Leninschen Strategie diesen Sozialdemokraten dabei zu helfen, im gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind die notwendigen Erfahrungen zu machen, die sie von den noch bestehenden Illusionen in den Sozialdemokratismus befreien. Statt dessen vorab von ihnen zu erwarten, sie müssen sich zuerst von der Sozialdemokratie lossagen um als gleichberechtigte Kampfgenossin oder Kampfgenosse akzeptiert zu werden, bedeutete einen sektiererische Fehler zu begehen.

Solche Fehler – darauf macht Gossweiler mehrfach aufmerksam – sind hervorgerufen und befördert worden durch zuvor gemachte opportunistische Abweichungen von der Leninschen Strategie nach rechts, wie sie insbesondere die Brandler-Thalheimer-Führung der KPD im Jahr 1923 begangen hatte, als diese ihre Einheitsfrontpolitik in der Praxis auf das Mitmachen in einer gemeinsamen Regierung hinauslaufen ließ und sich so selber zum Anhängsel sozialdemokratischen Reformismus machte. Gossweiler: *„Das heißt zwar nicht, dass, weil 1923 rechtsopportunistische Fehler gemacht wurden, später unbedingt linkssektiererische Fehler gemacht werden mussten; aber die Tatsache ist nicht abzustreiten, dass die Fehler von 1923 tatsächlich dazu beigetragen haben, dass die Fehler von 1929 bis 1933 gemacht wurden.“* (S.75)

Wider den Schematismus

Mit der Analyse des vermutlich berüchtigtsten Fehlers der KPD, der Theorie vom Sozialfaschismus, kommt Gossweiler auf den m.E. auch heute wichtigsten Punkt einer richtigen Strategie der Kommunistinnen und Kommunisten zu sprechen. Als den sehe ich allerdings nicht diese falsche Einschätzung der Sozialdemokratie an, sondern das konkrete Berücksichtigen der historischen Entwicklung. Kurt stellt dar, wie sich die Bezeichnung „Sozialfaschismus“ aus einer falschen Analogie zu den von Lenin geprägten Begriffen Sozialimperialismus und Sozialchauvinismus entwickelte:

„Der Ausdruck „Sozialchauvinismus“ kennzeichnete die damit verbundene Übernahme einer bestimmten imperialistischen Ideologie durch die sozialdemokratischen Führer, um mit ihr die Arbeiterklasse zu verseuchen und die entsprechende chauvinistische Politik der Bourgeoisie den Arbeitern schmackhaft zu machen oder sogar selbst durchzuführen. Dagegen ist das Neue am Faschismus nicht, dass er dem Imperialismus dient - das tat und tut die Sozialdemokratie schon lange; auch nicht seine „Ideologie“ - die ist zum größten Teil ein Sammelsurium älterer reaktionärer Ideen. Das Wesentliche am Faschismus ist vielmehr, dass er eine andere Form der Ausübung der Herrschaft des Imperialismus ist als die bürgerliche Demokratie, nämlich „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ (S.43)

Der Einsicht, dass Herrschaft im Kapitalismus keine statische Angelegenheit mit fest umrissenem Charakter ist, kommt eine zentrale Bedeutung in jeder revolutionären Strategie zu, die sich die Überwindung dieser Herrschaft zum Ziel setzt. Mit der Sozialdemokratie als ihrer Hauptstütze praktiziert die Bourgeoisie eine Form ihrer Herrschaft, in der sie der Sozialdemokratie die Möglichkeit einräumt, ein Mindestmaß an Spielraum zur Vertretung ökonomischer und politischer Forderungen der Arbeiterklasse zu haben, mithin auch ein Mindestmaß an bürgerlicher Demokratie erhalten bleibt. Faschismus bedeutet aber gerade die Zerschlagung dieses Mindestmaßes an Rechten und er wird vom Finanzkapital genau dann als Form seiner Herrschaft gewählt, wenn es nicht mehr bereit ist oder sich nicht mehr in der Lage sieht, dieses Mindestmaß weiterhin zu gewähren.

„Zur Ausübung der faschistischen Diktatur muss sich deshalb die Bourgeoisie andere Instrumente schaffen, nicht etwa, weil Sozialdemokratie und Faschismus dem Klasseninhalt ihrer Politik nach unversöhnliche Gegensätze bilden würden, sondern weil die Art und Weise, wie beide die Bourgeoisie vor dem Ansturm der Arbeiterklasse zu bewahren suchen, in ihrem Hauptakzent verschieden sind.“ (S.44)

Die schematische Ansicht, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie sei bereits dadurch hinreichend begriffen, wenn der grundlegende Gegensatz von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse benannt wird, führte zusammen mit einer ungenügenden Einschätzung der Kräfteverhältnisse zu der ebenso schematischen Verengung der strategischen Orientierung auf den

unmittelbaren Kampf um die Macht, die entweder kapitalistisch oder proletarisch ist. Erst wenn die Kommunistinnen und Kommunisten sich durch solchen Schematismus nicht mehr die Berücksichtigung von Veränderungen im Charakter bürgerlicher Herrschaft verbauen, erlangen sie die Fähigkeit, taktisch und strategisch richtig auf diese Entwicklungen zu antworten.

Das „kleinere Übel“

Wenn man von der SPD als Stütze der Bourgeoisie **innerhalb der Arbeiterklasse** spricht, so trifft diese Kennzeichnung sogar noch für einige Zeit nach der Machtübergabe an die Faschisten zu. Ihre Bindungs- und Orientierungskraft auf die Mehrheit der Arbeiterklasse war mit dem 30. Januar noch nicht vorüber. Sonst hätte es den Faschisten ja auch egal sein können, ob die SPD der Außenpolitik Hitlers noch ausdrücklich ihre Zustimmung aussprach oder nicht. Die Sozialdemokratie aber noch als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie überhaupt zu bezeichnen, war schon länger unzutreffend. Wenn wir ein Datum benennen müssen, an dem sie diese Rolle verloren hat (und natürlich lässt sich das nicht wirklich exakt auf ein bestimmtes Ereignis datieren), so können wir die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dezember 1929 nennen, mit dem Titel „Aufstieg oder Niedergang“⁸, mit der der RDI deutlich erkennbar Kurs auf eine andere Politik und mit ihr auf eine dazu notwendige andere Form der Herrschaft der Monopolbourgeoisie nahm.

Nicht etwa deswegen, weil die Sozialdemokratie selber, oder die von ihr geduldete Brüning-Regierung, mit der der Weg zur Zerschlagung der parlamentarischen Form bürgerlicher Herrschaft offen eingeschlagen wurde, das angeblich „kleinere Übel“ im Vergleich zum Hitler-Faschismus gewesen wären, hätte die KPD ihre Strategie ändern müssen. Diese Theorie vom kleineren Übel – das wurde von der KPD richtig erkannt und deswegen auch zu Recht bekämpft – führte und führt stets auf die schiefe Ebene in den Sumpf des Reformismus und der schlussendlichen opportunistischen Rechtfertigung jedes kleinen oder auch noch so großen Übels.

⁸ Reichsverband der Deutschen Industrie (1929): Aufstieg oder Niedergang? Denkschrift des Präsidiums des RDI. In: Veröffentlichungen des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Nr. 49. Berlin: Selbstverlag des RDI

Nein, nicht wegen des angeblich kleineren Übels hätte die KPD ihre Strategie ändern müssen, sondern weil die herrschende Bourgeoisie ihre Strategie geändert hatte. Wenn die Bourgeoisie zu dem Entschluss kommt, dass die parlamentarisch-liberale Form ihrer Herrschaft, also das Zugestehen von einem bestimmten Maß an Reformen und das Verzichten auf die allerrücksichtslosesten Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer gerade aktuellen Interessen nicht mehr opportun sei, wenn sie also den Weg der sich selber antreibenden Rechtsentwicklung hin zum Faschismus beschreitet, dann tun sie das, weil die bisherige Form ihrer Herrschaft, die bürgerliche Demokratie mit den Interessen der herrschenden Bourgeoisie nicht mehr vereinbar ist. Das ist der Zeitpunkt, an dem die Kommunistinnen und Kommunisten ihre Strategie ändern müssen und es auch können, ohne dass sie dadurch selber in die Falle des Opportunismus tappen. Wenn Kommunistinnen und Kommunisten dann die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie (also nicht – was eh stets ihr Anliegen ist – die Erkämpfung einer höheren Demokratie, der proletarischen, sondern auch die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie) zu ihrem Ziel erklären, dann kämpfen sie für etwas, was die herrschende Bourgeoisie gerade als untragbar für die Durchsetzung der eigenen Klasseninteressen deklariert hat. Die Kommunistinnen und Kommunisten sind sich dann aber auch im Klaren darüber, vom wem der Angriff auf die Rechte und Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie ausgeht – nämlich von der herrschenden Monopolbourgeoisie und nicht – wie es die kleinere-Übel-Theorie darstellt – von vermeintlich mehr oder weniger unabhängig vom Kapital agierenden Faschisten und ihrer Anhängerschaft.

Der Kampf zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen diese Angriffe beginnt also auch nicht erst mit dem Kampf gegen den offenen Faschismus, sondern muss sich – wie es Dimitroff in seinem Referat auf dem 7. Weltkongress auch betont hat – bereits gegen die Vorbereitungsetappen hin zum Faschismus wenden, d.h. gegen die Politik der Rechtsentwicklung, die nicht von den Faschisten, sondern unter den bürgerlichen Regierungen durchgeführt wird. Dann gewinnt die Verteidigung auch der bürgerlichen Demokratie den Charakter des Klassenkampfes gegen die Interessen der Monopolbourgeoisie.

Auf dieser Grundlage ist eine kommunistische, eine revolutionäre Strategie zu formulieren, die nichts gemein hat mit dem opportunistischen Übertritt auf

den Boden des Klassengegners, den die heutigen Verfechter der „kleineren Übel“- Politik vollziehen, die inzwischen nicht mehr die originäre Domäne der Sozialdemokratie ist, sondern in den Mainstream linker antifaschistischer Orientierungen bis in die Ränge der Kommunisten gelangt ist.

Fazit

Der marxistisch-leninistisch geschulte Umgang mit dem Verständnis bürgerlicher Herrschaft, die Fähigkeit, dialektisch diese Herrschaft nicht aus der vermeintlichen Erkenntnis eines statischen Schemas zu betrachten, sondern bürgerliche Klassenherrschaft in ihrer geschichtlichen Entwicklung zu begreifen und die eigene strategische Antwort auf diese Entwicklung (und nicht auf das tote Schema) basieren zu lassen, das ist m.E., was wir aus diesem Text von Kurt lernen können und lernen sollten.

Wir können damit der opportunistischen Strategie des „kleineren Übels“, der opportunistischen Fehldeutung von Einheitsfront- und Bündnisstrategie des 7. Weltkongresses und der Brüsseler Konferenz der KPD – wie sie in der Form auftritt: wir müssten, wenn es gegen so etwas Schlimmes wie den Faschismus geht, nun auch mal die Füße stillhalten und in breitesten Bündnissen mit allen wohlwollenden das bestehende System gegen die Attacken der bösen Faschisten verteidigen – wir könnten diese Fehldeutung vermeiden und ihr eine kommunistische Strategie entgegensetzen.

Wir könnten ebenso den Fehler derjenigen vermeiden, die im berechtigten Bemühen (und ich betone, dass ich dieses Bemühen für berechtigt, gar notwendig halte!) – wir könnten den Fehler derjenigen vermeiden, die im Bemühen, der falschen Interpretation, die die Opportunisten von der Orientierung auf die Einheits- und Volksfront geben, etwas entgegensetzen zu wollen, selber in einen undialektischen, statischen Begriff von Klassenherrschaft sich verirren und im Ergebnis die Niederlage und den Verfall der kommunistischen Bewegung bereits mit dem 7. Weltkongress eingeleitet sehen.

Wir könnten – um es positiv auszudrücken – mit dem Studium dieses Textes von Kurt den Sinn und die Richtigkeit der antifaschistischen Strategie der kommunistischen Bewegung uns erschließen, die in der Politik der Thälmannschen KPD und der Antifaschistischen Aktion der Weimarer

Republik trotz der gemachten Fehler bereits angelegt war. Der Strategie, die von der Kommunistischen Internationale auf ihrem 7. Weltkongress und von der KPD auf ihrer darauf folgenden Brüsseler Konferenz eine für die kommunistische Weltbewegung prägende Ausformulierung erhalten hat und auf der auch die detaillierten und weitergehenden Ausarbeitungen zur antifaschistischen Strategie beruhen, die von späteren Genossinnen und Genossen stammen, wie – um nur drei zu nennen, denen ich in dieser Riege besondere Bedeutung zuschreibe – z.B. von dem Führer der Portugiesischen Kommunistischen Partei und theoretischen Kopf der Nelkenrevolution, Alvaro Cunhal, dem westdeutschen Marxisten Reinhard Opitz und dessen in der DDR kämpfenden Genossen und Freund, Kurt Gossweiler.

<h2>Gedicht für Kurt Gossweiler</h2>

Eva Ruppert: Kurt Gossweiler zum 90. Geburtstag

Er hat viel geschrieben
und hat viel gelehrt,
ist sich immer treu geblieben,
darum wird er heute hier geehrt.
Doch: Was hat er uns gelehrt?
Dass der Apfel nicht auf einmal
faul wird, hat er uns gesagt,
sondern weil ein Wurm
seit langem schon von innen nagt.

Den Prozess zu sehen fällt nicht leicht,
doch mit seiner Forschung
hat er es erreicht.

Er hat die historische Entwicklung erkannt
und mit "Revisionismus" sie benannt.
Aus Verflechtung von industrieller Macht mit den Banken
wird bereitet der Boden, aus dem erwächst der Faschismus,
ist er doch das Modell des brutalsten Imperialismus.

Monopolbourgeoisie ist die Klasse, die immer ihn fordert,
die ihm die Kampfziele gibt und ideologische Muster,
um zu erreichen Krieg und Zerstörung der Arbeiterklasse.

Gerade feierten wir den großen Tag des roten Oktober,
damals schon suchten Faschisten, die Revolution zu vernichten,
doch es gelang erst nach siebzig Jahren durch feige Verräter.
Nur wenn man weiß, wie Faschismus entsteht, kann man ihn
bekämpfen,
darum ist heute besonders wichtig Kurt Gossweilers Forschung.

Chruschtschow führte bewusst in die Irre, das ist das Dilemma,
desinformiert und schwankend blieben zurück die Genossen
Tito verklärt er als Muster und leninistisches Vorbild,
Stalin dagegen verteufelte er als größten Verbrecher,
"Nichteinmischung" ist auch gegen Lenins Lehre gerichtet,
"Friedliche Koexistenz" statt Klassenkampf der Systeme.

Das war der Boden für sämtliche Konterrevolutionen,
heute noch geistert umher der schädliche Geist der Entzweiung,
Fälschung der wissenschaftlichen Lehre des Kommunismus.

Gerne sieht das der Gegner und fördert verderbliche Teilung,
denn er fürchtet noch immer das kommunistische Erbe,
sieht man doch heute in Kuba, Bolivien und Venezuela:
Niemand wird siegen das Kapital, doch kämpfen ist nötig.
Einer der eifrigsten Kämpfer war Kurt, er ist unser Vorbild.

Die Revisionismusforschung

Klaus Hartmann: Zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und der Förderung der Konterrevolution

Im Rahmen seiner Forschungen und Arbeiten zur Rolle und Wirkung des Revisionismus hat sich unser Beiratsmitglied Kurt Gossweiler auch intensiv mit der Frage beschäftigt, welche Konsequenzen die Entwicklung der KPdSU nach Stalins Tod 1953 die Politik Chruschtschows für die internationale revolutionäre Bewegung hatten.

Auf die Frage, „wie es überhaupt soweit kommen konnte“, gibt Kurt u.a. die Antwort, „*dass es für einen Kommunisten einfach das absolut Udenkbare war, auch nur den Gedanken zuzulassen, an der Spitze der Partei Lenins könne ein anderer als ein absolut zuverlässiger, vertrauenswürdiger Leninist stehen.*“

Bei Analyse von Chruschtschows Worten und Taten von 1953 bis Ende 1956 sah sich Kurt „*schließlich gezwungen (...), sogar das Udenkbare in Erwägung zu ziehen, nämlich, dass mit Chruschtschow und Co. es einem verkappten Gegner gelungen ist, – dank einer jahrelang gut gespielten Rolle als der Partei treu ergebener Spitzenfunktionär – die Spitzenposition der Partei Lenins zu usurpieren.*“

Angesichts des „*Ergebnisses konsequent zu Ende geführter revisionistischer Politik von Chrustschow 1953 bis zu Gorbatschow 1989/90*“ formuliert er die Aufgabe, den „*Kerngehalt des Revisionismus noch präziser (zu) benennen, und dieses bezieht sich nicht zuletzt auf die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung*“.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 war nach Kurts Analyse die „*entscheidende Zäsur für die Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung, mit dem der Weg in die Niederlage 1989-1991 begann.*“

Er zitiert John Foster Dulles, US-Außenminister 1953-59 über „*Hoffnungen auf einen baldigen Umsturz der Machtverhältnisse*“ lt. seiner Pressekonferenz im Juli 1956, wo er voraussagte, „*dass Kräfte der Freiheit, die nunmehr hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen und die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Sowjetführer hätten durch die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm eine Kettenreaktion ausgelöst, die sie auf lange Sicht nicht aufhalten könnten.*“

Dulles schon im April 1956: „*Der Kalte Krieg*“, sagte er, „*ist in eine neue Phase eingetreten....Die freie Welt kann aus der Tatsache Befriedigung schöpfen, dass man heute innerhalb Russlands Anzeichen von Licht erblicken kann, die das Heraufdämmern dieses neuen Tages ankündigen.*“ Er sprach von einem „*New Look*“ der sowjetischen Politik: „*Es ist wichtig, abzuschätzen, was diese Änderungen bedeuten und auch, was sie nicht bedeuten....Sie müssen auch bedeuten, dass liberale Kräfte innerhalb des Sowjetblocks am Werke und mächtig genug sind, um einige Reaktionen herbeizuführen oder mindestens den Anschein solcher Reaktionen zu entwickeln. All dies ist von unermesslicher Bedeutung. Es ist mehr, als die freie Welt vor ein paar Jahren zu hoffen wagte. Unsere Befriedigung darüber muss aber zurückhaltend sein....*“.

Kurt: „*Dulles sieht eine Befreiung der `Satellitenstaaten` für möglich an. Dulles sagt voraus, dass Kräfte der Freiheit, die nun hinter dem Eisernen Vorhang am Werke seien, sich als unwiderstehlich erweisen und dass sie die internationale Szenerie bis zum Jahre 1965 umändern könnten. Die Anti-Stalin-Kampagne und ihr Liberalisierungsprogramm hätten eine*

Kettenreaktion ausgelöst, die auf lange Sicht nicht aufzuhalten sei.“
(Taubenfuß-Chronik I, S.100 f.).

Auf die Frage, „*War der Sieg des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung wegen des Kräfteübergewichts des Imperialismus unvermeidlich?*“ zitiert Kurt zwei von Saira Wagenknecht genannte Faktoren (Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1995, S. 34.):

„(...) 2. *Die ausdrückliche Anerkennung des jugoslawischen Weges (zu dessen Grundposition die Ablehnung einer einheitlichen Gesamtstrategie des sozialistischen Lagers gehörte) als rechtmäßigem Weg des sozialistischen Aufbaus.*

3. *Die ersatzlose Auflösung des Kominformbureaus im Jahre 1956, damit der einzigen Institution, die wenigstens den Anspruch auf eine einheitliche Gesamtstrategie der sozialistischen Weltbewegung noch zum Ausdruck brachte...“*

Kurt: „*In verschiedenen Aufsätzen, gesammelt in dem Buche „Wider den Revisionismus“, habe ich als Hauptlinien und Hauptfakten des Chrustschow-Revisionismus die folgenden benannt und beschrieben: (....) Schwächung des Sozialismus durch Spaltung des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung“*

Dies war erforderlich, um „*Chrustschows Revisionismus in der Außenpolitik zum Durchbruch zu verhelfen, der auf die Ersetzung des Kampfes gegen den Imperialismus mit dem Ziel seiner Überwindung im Weltmaßstabe (...) durch eine Politik der auf Dauer berechneten friedlichen Koexistenz und der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den imperialistischen Mächten, vor allem mit dem USA-Imperialismus‘ hinauslief. So wurde stillschweigend die Leninsche Erkenntnis, dass Imperialismus Krieg bedeutet, verworfen und durch die These von der Friedensfähigkeit des Imperialismus ersetzt“.*

„*Eine der ersten Handlungen des nach Stalins Tod am 5. März 1953 im September 1953 zum Generalsekretär der KPdSU aufgestiegenen Chruschtschow, die mich stutzig machten, war jene, mit der die erwähnte Warnung der Parteien des Kommunistischen Informationsbüro vor dem Tito-*

Revisionismus als falsch und unberechtigt erklärt und damit die dringend notwendige Schutzimpfung aller kommunistischen Parteien gegen die Infektion mit dem Revisionismus, die diese Warnung dargestellt hatte, unwirksam gemacht worden war.“

Bereits im Februar 1955 erfolgte die Ablösung des Stalin-Vertrauten Malenkow als Regierungschef und seine Ersetzung durch Bulganin.

Noch am 29. Dezember 1955 sprach Chruschtschow zum Thema Kominform vor dem Obersten Sowjet der UdSSR: *“Ausländische Journalisten in Indien fragten uns sehr oft: Warum lösen Sie das Kominform nicht auf? Wir haben darauf geantwortet: Warum schlagen Sie nicht vor, die Sozialistische Internationale aufzulösen? ... Natürlich gefällt den Gegnern des Kommunismus das Kominform nicht...”* (Taubenfuß-Chronik I, S.92).

„Am 17.April 1956 erschien die Zeitung des Informationsbüros ‘Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie’ zum letzten Mal mit einer ‘Informatorischen Mitteilung über die Einstellung der Tätigkeit des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien’. Als Begründung wurden ‘Änderungen in der Internationalen Lage’ angegeben. Aber zwischen dem Dezember 1955 und dem April 1956 hat nur ein Ereignis stattgefunden, das die internationale Lage in unabsehbarer Weise verändert hat: Der XX. Parteitag der KPdSU. Und der machte sehr schnell deutlich, dass – wie ich in meinem Tagebuch vermerkte – ,ein Kontaktorgan der Kommunistischen und Arbeiterparteien noch nie so dringend nötig war wie gerade jetzt!’ (Taubenfuß-Chronik I, S.91) Aber genau das war der Grund für seine Auflösung durch die Chruschtschow-Führung.“

Diese „Wende“ stieß international keineswegs auf Begeisterung: *„Es ist auffällig und bemerkenswert, dass gerade von den Parteien, die anerkanntermaßen am besten verstanden haben, sich im eigenen Volk eine Massenbasis zu schaffen, die Proportionen zwischen Verdiensten und Fehlern Stalins genau umgekehrt dargestellt wurden und werden, als dies der XX. Parteitag tat: KP Chinas, KP Frankreichs, KP Italiens”* (Taubenfuß-Chronik I, S. 61)

Maurice Thorez und Palmiro Togliatti, die an der Spitze der französischen und italienischen Partei standen, brachten bereits 1956 nach dem sagenumwobenen 20. Parteitag ihr Unverständnis zum Ausdruck, wie damit

„die Manöver der Feinde des Kommunismus“ begünstigt wurden. Hier sei an den Ausspruch Togliattis erinnert: „Früher kam alles Gute von den übermenschlichen Eigenschaften eines Mannes; jetzt wird alles Böse seinen ebenfalls außergewöhnlichen und sogar verblüffenden Fehlern zugeschrieben. Im einen wie im anderen Falle sehen wir uns außerhalb der dem Marxismus eigenen verstandesmäßigen Urteilskraft.“

Aber diese Ereignisse hatten eine Vorgeschichte, und in deren Mittelpunkt steht

Jugoslawien

Konkreter und entscheidender Beitrag Chruschtschows: *„Er hat geschafft, dass die KPdSU und die anderen kommunistischen Parteien zuließen, dass er die Tito-Partei, – dieses „Trojanische Pferd des Imperialismus“, wie er selbst sie bezeichnete hatte! – in die eigene Festung hereinholte und verlangte, ihm die Referenz als echte kommunistische Bruderpartei zu erweisen. (...)*

Er hat erreicht, die bis 1953 bestehende, auf der einheitlichen Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie beruhende monolithene Einheit der kommunistischen Weltbewegung und des sozialistischen Lagers zu zerstören und beide in sich heftig bekämpfende Lager zu spalten.“

Kurt schreibt: *„Bis in das Jahr 1948 hinein galt in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern und auch bei uns, der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, Jugoslawien als ein Land, das auf dem Wege zur Errichtung einer sozialistischen Ordnung am weitesten vorangekommen war und der Sowjetunion am nächsten stand.“*

Dann änderte die Führungsgruppe der KP Jugoslawiens ihren Kurs, um ein Gegenzentrum gegen die Sowjetunion zu bilden – mit Jugoslawien als Führungsmacht einer Balkan-Föderation. Die Idee eines solchen solidarischen Zusammenschlusses war alt, rührte noch aus den Erfahrungen der

Balkankriege vor dem Ersten Weltkrieg, und hatte zunächst auch Georgi Dimitroff als Fürsprecher.

„Als jedoch erkennbar wurde, dass hinter Titos Vorschlag die Absicht der Angliederung Bulgariens als Teilrepublik an Jugoslawien und die Schaffung eines antisowjetischen Zentrums steckte, nahm Dimitroff seine Zustimmung zurück und sprach sich gegen dieses Projekt aus.“

Da bei der Vorbereitung dieser Konferenz der Wunsch geäußert wurde, die Referenten sollten nach Möglichkeit ihre eigenen Erlebnisse im Zusammenhang mit ihrem Thema verdeutlichen, hierzu folgendes:

Im Zuge meiner eigenen – ich sag mal „Politisierung“ – war ich zwischen meinem 14. und 16. Lebensjahr von ziemlich allem begeistert, was Sozialismus hieß – aber strikt antisowjetisch musste es sein. Insofern war ich sowohl von Wolfgang Leonhardts „Drittem Weg“ wie von Titos „freiheitlichem Sozialismus“ angetan.

Mit der Lektüre erster ökonomischer Schriften von Karl Marx ging diese Begeisterung bald gegen Null. Dass in den „selbstverwalteten Betrieb“ die Arbeiter in Konkurrenz zu ihren Klassengenossen in anderen Betrieben traten, das war doch mit elementaren Prinzipien des Sozialismus unvereinbar. Insofern spotteten wir, ich war 18, nur noch über „Jusoslawien“, um zugleich die SPD-Jugendorganisation in die Pfanne zu hauen, für die Titos Modell das gelobte Land verkörperte.

Dann interessierte ich mich ein paar Jahrzehnte nicht mehr besonders für das Land Jugoslawien, was sich ab 1989 schlagartig änderte, als nämlich deutlich wurde, dass der Imperialismus des „befreiten“ Deutschlands auf dem Balkan sein „außenpolitisches Gesellenstück“ machen wollte – durch Heimholung „unseres traditionellen Hinterhofs“.

Zu Beginn der 1990er Jahre hat der Freidenker-Verband zunächst publizistisch auf diese Entwicklung hingewiesen und dann auch praktisch die Solidaritätsarbeit entwickelt. Wir haben eingeschätzt, was spätestens 1999 mit den imperialistischen Begleitkommentaren zur NATO-Aggression zu Protokoll gegeben wurde: Dass für Alternativen zum siegreichen Modell des Imperialismus auf der Welt kein Platz mehr sein sollte, so sehr man auch unter anderen Kräfteverhältnissen zuvor die „3. Wege“ hochleben ließ.

1996 fragte mich ein Genosse in Montenegro: „Hast Du schon mal von Goli otok gehört?“ Zu meiner Schande musste ich meine Bildungslücke bekennen.

Wir lesen in der nicht sonderlich seriösen und schon gar nicht kommunistenfreundlichen Internet-Enzyklopädie wikipedia:

„Goli otok (kroatisch für „Nackte Insel“) ist eine kroatische Adria-Insel zwischen der Insel Rab und dem Festland. Sie gehört zur Gespanschaft Primorje-Gorski kotar und erstreckt sich über eine Fläche von 4,7 Quadratkilometern. Die ehemalige Gefängnisinsel ist heute unbewohnt, kann aber von Touristen besichtigt werden.

Bekannt ist die Insel aufgrund des 1949 durch die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) errichteten Umerziehungslagers für politische Gefangene. In Folge des Bruchs des Tito-Regimes mit der Sowjetunion wurden als „Stalinisten“ bezeichnete Anhänger des Kominforms interniert, die bis zur Aussöhnung mit der Sowjetunion nach Stalins Tod als Volksfeinde galten. Mehr als 55.000 KPJ-Mitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen und viele von der jugoslawischen Geheimpolizei UDB (ab 1966 SDB) und dem Militärgeheimdienst KOS verhaftet. Zwischen 11.000 und 18.000 von ihnen wurden auf Goli otok (Männerlager) und der Nachbarinsel Sveti Grgur (Frauenlager) inhaftiert.[1] Daneben auch einige überlebende Ustascha-Faschisten.[2] Ab etwa 1955 wurden auch andere angebliche Staatsfeinde gefangen gehalten.

Auf den Lagerinseln Goli Otok und Sveti Grgur wurden nach unterschiedlichen Angaben zwischen 12.000 und 35.000 Personen als potentielle Konterrevolutionäre unter widrigsten Bedingungen inhaftiert.

Nach der Resolution im Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien(Informbüro) zum Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform und dem dauerhaften Bruch Titos mit Stalin wurde 1949 auf ihr ein Gefangenenlager für politische Häftlinge errichtet. Das Gefangenenlager diente zuallererst als Auffanglager für jugoslawische Anhänger der Sowjetunion und Stalins und galt anfangs daher auch als Gulag für Stalinisten.[3] Einer der Hauptinitiatoren für diese Idee war der damalige jugoslawische Innenminister Aleksandar Rankovi?. An dem Beschluss, es dort zu errichten, war auch der spätere Parteidissident und Schriftsteller Vladimir Dedijer beteiligt.[2]

Im Sommer 1949 kamen mit Kominform-Anhängern und Faschisten die ersten Gefangenen auf die Insel. Ab etwa 1955 wurden auch andere angebliche Staatsfeinde gefangen gehalten: Sozialdemokraten, Bürgerliche, Monarchisten und westlich Orientierte. Vielfach waren diese unter Folter zu falschen Selbstbeschuldigungen gezwungen worden und zur Haft auf der lebensfeindlichen Insel verurteilt worden.

Die Gefangenen wurden zur Zwangsarbeit in den Steinbrüchen und Werkstätten eingesetzt, gefoltert und getötet. 1988 wurde das auch als „Titos KZ“ [2] oder euphemistisch „Titos Hawaii“ bezeichnete Gefängnis stillgelegt und 1989 völlig verlassen, woraufhin fast sämtliche beweglichen Gegenstände geplündert wurden.“

Dann erzählte der montenegrinische Genosse weiter: Ende der 1940er Jahre klopfen nachts Geheimpolizisten an die Tür vieler Genossen, besonders von Serben und Teilnehmer des Partisanenkampfes, und stellte den verdutzten und verschlafenen Bewohnern die Frage: „Für oder gegen Stalin?“ Unter dem Eindruck der Befreiung vom Faschismus und des Bruderbundes mit der Roten Armee antworteten viele spontan und ohne Hintergedanken: „Für Stalin!“

Das war leider die falsche Antwort. Zehntausende wurden auf der Stelle verhaftet, und zur „nackten Insel“ deportiert. Die hieß so, weil es dort keinen Baum, keinen Schatten gab, und unter sengender Sonne mussten die Genossen für ihr Bekenntnis harte körperliche Zwangsarbeit leisten. Die das überlebten, mussten bei ihrer Entlassung die Verpflichtung unterschreiben, nichts von ihrem Inselaufenthalt zu erzählen.

Weiter mit Kurt Gossweiler: „Am 26. Mai 1955 erklärte Chrustschow als Leiter der sowjetischen Delegation bei deren Ankunft auf dem Belgrader Flughafen: `Teurer Genosse Tito! Wir bedauern aufrichtig, was geschehen ist... Wir haben eingehend die Materialien überprüft, auf denen die schweren Anschuldigungen und Beleidigungen beruhten, die damals gegen die Führer Jugoslawiens erhoben wurden. Die Tatsachen (!) zeigen, dass diese Materialien von Volksfeinden, niederträchtigen Agenten des Imperialismus, fabriziert waren, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen hatten.“

Mit dieser Hofierung Titos ging die Delegitimierung von Bruderparteien einher, die sich bislang der Infiltration revisionistischer, titoistischer Einmischung und Agenten zu erwehren wussten.

Tschechoslowakei

Ein paar Jahre früher, 1948, wurde der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) Klement Gottwald, Präsident der Tschechischen Republik. Generalsekretär der Partei war Rudolf Slansky. 1951 wurde aufgedeckt, dass Slansky diese Funktion dazu benutzt hatte, Gottwald zu isolieren und ein zweites, konspiratives Leitungszentrum in der Partei aufzubauen. Er wurde in Untersuchungshaft genommen und im Dezember 1951 aus der Partei ausgeschlossen, ab 1952 fand der Slansky-Prozess statt, der mit Todes- und lebenslangen Haftstrafen endete.

Kurt zitiert Gottwald: *„Gottwald: ‚Es ist durchaus kein Zufall, dass überall dort, wo ein Spion und Diversant der westlichen Imperialisten entdeckt wird, gewöhnlich auch neben und mit ihm ein Spion und Diversant des titoistischen Jugoslawiens entlarvt wird.‘“*

Polen

„Dank Chrustschows Hilfe kam Gomulka (Titos Hoffnungsträger) im Oktober 1956 wieder an die Spitze der polnischen Partei“. Er löste Boleslaw Bierut ab, in Titos und Chrustschows Augen ein „reaktionäres Element“.

Tito kommentierte: *„Dank der Tatsache, dass in Polen trotz aller Verfolgungen und Stalinschen Methoden... dennoch ein Kern mit Gomulka an der Spitze geblieben ist, der auf dem VIII. Plenum die Dinge in seine Hände zu nehmen und mutig einen neuen Kurs einzuschlagen vermochte..., – dank dieser Tatsache konnten in Polen die reaktionären Kräfte nicht zum Tragen kommen ... Es ist dem reifen Verständnis und dem Verhalten der sowjetischen Staatsführung, die es rechtzeitig unterließ, sich einzumischen, zu verdanken, dass sich in Polen die Dinge stabilisiert und bis jetzt auch gut entwickelt haben. (...) Gemeinsam mit den polnischen Genossen werden wir gegen solche Tendenzen kämpfen müssen, die in den verschiedenen anderen Parteien in den Ostländern oder im Westen auftreten. Dieser Kampf wird schwer und langwierig sein, denn jetzt geht es wirklich darum, ob in den kommunistischen Parteien ein neuer Geist siegen wird, der in Jugoslawien*

seinen Ausgang genommen hat und für den in den Beschlüssen vom XX. Kongress der KPdSU ziemlich viele Elemente geschaffen wurden. Es geht jetzt darum, ob dieser Kurs siegen wird, oder ob wieder der stalinistische Kurs siegen wird.“

In Polen und Ungarn hatte die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgelöste „Entstalinisierungs“- und Rehabilitierungswelle im Laufe des Jahres 1956 antikommunistische und nationalistische Kräfte innerhalb und außerhalb der Partei zu immer offeneren Vorstößen ermuntert.

Ungarn

Mátyás Rákosi war Vorsitzender der Partei der Ungarischen Werktätigen, Mitbegründer der Kommunistischen Partei Ungarns und führend in der Räterepublik 1919 aktiv. Über ihn schreibt Kurt Gossweiler: er „*war wohl der von den Revisionisten meist gehasste und meistverleumdete Parteiführer der Länder der Volksdemokratie, und das mit gutem Grund, scheiterten doch selbst nach dem XX. Parteitag der KPdSU zunächst noch alle ihre Versuche, die Partei und das Land auf die Tito-Linie zu führen.*

Beim Plan zum Sturz der Regierung war dem ungarischen Außenminister Laszo Rajk von seinen jugoslawischen und amerikanischen „Beratern“ die Hauptrolle zugebracht worden. Im sog. Rajk-Prozess wurden u.a. die Pläne offenbart, die Fabriken, die Banken, die Bergwerke den Kapitalisten zurückgeben und Ungarn von der Seite der Sowjetunion und der befreundeten Volksdemokratien an die Seite der Vereinigten Staaten zu stellen.“

„Die Anklagen wie auch die Geständnisse der Angeklagten waren so ungeheuerlich und ungewöhnlich, dass es verständlich erscheint, wenn die späteren Behauptungen und Erklärungen, die Anklagen seien zu Unrecht erfolgt und die Angeklagten zu Unrecht verfolgt worden, ihre Geständnisse seien durch Folter, Drogen und falsche Versprechungen erpresst und erschlichen worden, ja, wenn sogar solch absurde Behauptungen, die Drehbücher für die Aussagen und Geständnisse der Angeklagten seine in Moskau von Stalin und Berija entworfen worden und hätten dann von den Angeklagten auswendig gelernt und in den Verhören vorgetragen werden müssen, Glauben fanden“

„Die geschichtlichen Tatsachen aber besagen: Das, was Rajk und Komplizen als ihre Absicht vorgeworfen und wofür sie – bevor sie diese in die Tat umsetzen konnten – verurteilt wurden, das wurde nach der Rehabilitierung Rajks und seiner Mitangeklagten von anderen Führern der ungarischen Partei gleich zweimal nun tatsächlich begangen: zum ersten Male von Imre Nagy im Herbst 1956, zum zweiten Male von Gyula Horn ab 1989.“

Imre Nagy wurde im Juli 1953 ungarischer Ministerpräsident, aber nach zunehmender Kritik an seinem desaströsen ökonomischen Kurs und rechtsopportunistischer Politik im April 1955 aller Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen.

„Nach dem XX. Parteitag 1956, auf dem Stalin verdammt und Tito gefeiert wurde, versuchte Rakosi dennoch, die antirevisionistische Linie der Partei beizubehalten. Chruschtschow und Tito übten nun konzertiert einen immer stärkeren Druck auf andere Parteien, vor allem aber auf die ungarische Partei aus. Rakosi war gezwungen zu erklären, das oberste Gericht habe den Rajk-Prozess überprüft und festgestellt, er sei eine feindliche Provokation und unberechtigt gewesen, Rajk und die mit ihm Verurteilten seien rehabilitiert worden

Der nächste Schritt zur erzwungenen Selbstdemontage war das Referat vor dem Budapester Parteiaktiv im Mai 1956, in dem er Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes `selbstkritisch` als `falsch und schädlich` darstellen musste.

Chruschtschow und Tito verstärkten nun den Druck in Richtung Budapest, um den verhassten Rakosi endlich vom Stuhl des 1. Sekretärs zu stoßen, damit der Weg für Imre Nagy frei werde.

ZK-Plenum der ungarischen Partei am 18. Juli 1956. Rakosis Stellvertreter Ernő Gerő verlas auf diesem Plenum einen Brief Matyas Rákosis, in dem dieser bat, ihn von der Funktion als 1. Sekretär wegen `Fehlern in der Arbeit und Krankheit` zu entbinden. Aber Tito und Chruschtschow waren damit unerwarteter Weise noch nicht am Ziel. Das ZK-Plenum wählte nämlich nicht ihren Kandidaten Imre Nagy zum Nachfolger Rákosis, sondern den nach Rákosi meistgehassten Mann, Ernő Gerő.

Im Juli 1956 fand eine Erweiterung des ZK und des Politbüros durch Aufnahme von 26 rehabilitierten Tito-Sympathisanten, u.a. Janos Kadar, statt, womit die bisherige Mehrheit der Anti-Revisionisten in beiden Parteigremien gebrochen war. Und dann gingen sie gemeinsam an die Vorbereitung des letzten Schrittes, des Sturzes Gerös und der Rückkehr Imre Nagys in die Führungspositionen in Partei und Staat.

Am 21. Oktober 1956 begannen in Budapest Studentenunruhen, denen sich auch Arbeiterdemonstrationen anschlossen, vor allem aber antikommunistischer Mob. Die Unruhen wurden zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, zum bewaffneten Aufstand und zur Jagd auf und Lynchmorden an Kommunisten, Staats- und Parteifunktionären eskaliert.

Am 24. Oktober 1956 wurde Imre Nagy zum Ministerpräsidenten ernannt, der bisherige Ministerpräsident Hegedüs zu seinem Stellvertreter degradiert. Am 25. Oktober wurde Ernö Gerö vom ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen abgesetzt und Janos Kádár zum neuen 1. Sekretär gewählt. Am 26. Oktober wurden zwei bürgerliche Minister, ehemalige Funktionäre der konterrevolutionären Partei der kleinen Landwirte, in die Regierung aufgenommen.

Nagy: Der Aufstand sei keine Konterrevolution, vielmehr `eine demokratische Bewegung, die unsere ganze Nation erfasst hat, um unsere Unabhängigkeit zu sichern`. Am 1. November 1956 gab Nagy bekannt, `dass Ungarn mit sofortiger Wirkung den Warschauer Pakt kündigt und die Neutralität Ungarns proklamiert`. Danach hat der weiße Terror eine bisher ungekannte Steigerung erfahren. Am 2. November berichtete der Reuter-Korrespondent: `Seit gestern herrscht Menschenjagd in den Straßen von Budapest`. Systematisch wurden Menschen `gehetzt, gejagt und wie Hunde erschlagen, an Laternen und Balkons aufgehängt. Szenen, die an die Wiederkehr der ‚Weißen‘ in Ungarn von 1919 erinnern, spielen sich im ganzen Lande ab`.

Am 4. November 1956 griff die Sowjetarmee ein und zerschlug alle Hoffnungen der Nagy und ihrer Hintermänner in Belgrad, Washington und Bonn und wo sonst noch immer. Offenbar in Absprache mit sowjetischen Stellen hatte Janos Kádár am gleichen 4. November sich von Nagy abgesetzt und von Szolnok aus eine `revolutionäre Gegenregierung` ausgerufen, der er als Ministerpräsident vorstand.“

Bulgarien

Wylko Tschewenkoff, ein enger Mitarbeiter Georgi Dimitroffs, wurde nach dem Tode Dimitroffs am 2. Juli 1949 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens gewählt.

„Durch Traitscho Kostoff, stellvertretenden Ministerpräsidenten und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens, und seine Gruppe sollte die Volksmacht gestürzt und Bulgarien als ‚7. Republik‘ an Jugoslawien angeschlossen werden. Sein Prozess begann am 7. Dezember 1949.

Wylko Tschewenkoff hat mit dem Kostoff-Prozess im Sinne Dimitroffs die sozialistische Ordnung Bulgariens verteidigt, sich damit aber – wie Rákosi – den unversöhnlichen Hass Titos und von dessen Freunden und Beschützern zugezogen. Am 16. April 1956 musste er seinen Rücktritt als Ministerpräsident erklären! Weshalb? Natürlich ‚wegen Fehlern‘.“

Chruschtschow hatte gegenüber Tito aus Anlass des Besuches einer sowjetischen Delegation 1955 erklärt, „dass ‚alle gegen Tito erhobenen Vorwürfe sich nach gründlicher Prüfung als unberechtigt und Erfindung von Feinden, von Agenten des Imperialismus, erwiesen‘ hätten.“

Dies ermunterte Tito, mit Forderungen nach einer weitergehenden „konsequenten Entstalinisierung“ der kommunistischen Parteien aufzutreten:

„Wir bedauern, dass es im Osten in einigen unserer Nachbarstaaten immer noch Leute gibt, denen diese Normalisierung nicht gefällt. ... Stattdessen intrigieren sie hinter den Kulissen gegen uns‘. Er verlangte insbesondere eine Revision der seinerzeitigen Prozesse gegen Rajk...in Budapest, gegen Traitscho Kostoff... in Sofia und gegen Rudolf Slansky und Vladimir Clementis in Prag...“.

Zur Schwächung der revolutionären Weltbewegung gehörte auch Chruschtschows Bemühen zur „Dämpfung des antiimperialistischen Kampfes der Völker“. Es zielte darauf, den bewaffneten antiimperialistischen Kampf der Völker in der Dritten Welt mit dem Argument zum Erlöschen zu bringen, die Einstellung dieser bewaffneten Kämpfe sei notwendig im Interesse der Verhinderung eines vernichtenden Atomkrieges, denn ein solcher Atomkrieg könne leicht aus jedem bewaffneten Konflikt hervorgehen.

Den aber zumindest mittelfristig entscheidenden Schlag, um den Sozialismus in die Defensive zu bringen und dem Imperialismus die historische Offensive zurückgewinnen zu lassen, war die Spaltung der Kommunistischen Weltbewegung durch den Bruch mit China.

China

„Die schädlichste und verhängnisvollste Rolle spielte aber die hinterhältige Wühlerei der Chrustschow-Leute gegen Volkschina und dessen Ansehen bei den asiatischen Völkern. Chinas Beispiel war das große Leuchtfeuer, auf das sich die Völker Asiens in wachsendem Maße orientierten. Die Politik Chrustschows war darauf abgestellt, alles zu tun, um die Wirksamkeit dieses Beispiels zu mindern. Die Mittel, die für die Hilfe an Tito, Nehru und Nasser verwendet wurden, wurden der raschen Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft Volkschinas entzogen. Mehr noch, es wurde offenbar selbst die zugesagte Hilfe nicht in erforderlichem Ausmaß und in den versprochenen Fristen geleistet, wodurch selbstverständlich die Anziehungskraft des chinesischen Weges herabgemindert wurde. Zum anderen tat Chrustschow alles, um den Imperialisten und aller Welt Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zwischen SU und China zu demonstrieren und China als eine `aggressive Macht` zu verleumden.

Das Bündnis der Sowjetunion mit Volkschina bot eine sichere Gewähr für die Unantastbarkeit des sozialistischen Weltsystems, eine feste Grundlage für das weitere erfolgreiche Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses. Deshalb gehörte zu den Hauptzielen der imperialistischen Strategie, Wege zu finden für die Zerstörung dieses Bündnisses. Was ihnen von außen nicht gelang, das erledigte Chrustschow von innen. Den offenen Bruch mit Volkschina vollzog er 1961, auf dem 22. Parteitag der KPdSU. Aber schon auf einer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1960 in Bukarest hatte Chrustschow an alle Delegierten eine Anklageschrift gegen die KP Chinas verteilen lassen in der Absicht, schon auf dieser Beratung die Zustimmung der anderen Parteien zu einer allgemeinen Verurteilung der KP Chinas zu erreichen, was ihm aber nicht gelang. In der Folgezeit spitzte die sowjetische Seite den Konflikt mit China bis zu der Behauptung zu, der Hauptherd der Atomkriegsgefahr seien nicht mehr die USA, sondern sei Volkschina.

Der Bruch mit China war der schwerste Schlag für die Stabilität und die Perspektive des Sozialismus und veränderte schlagartig das Kräfteverhältnis zugunsten des Imperialismus. Eine Untersuchung der Ursachen des Niedergangs des Sozialismus, die dieses schwerwiegende Ereignis nicht erwähnt und wertet, geht an einer der offenkundigsten Ursachen für den Sieg des Imperialismus über den Sozialismus mit Nichtbeachtung vorbei und kann schon deshalb zu keinem befriedigenden Ergebnis gelangen.“

Frank Flegel: Inhalt und Bedeutung der Revisionismusforschung Kurt Gossweilers bezüglich der Sowjetunion

Kurt unterschied den „klassischen“ Revisionismus vom „modernen“ Revisionismus“. Ich zitiere Kurt aus „Der Revisionismus – Totengräber des Sozialismus“ in: „Wie konnte das geschehen?“, Band 1: „Zusammenfassend können wir sagen: Im Unterschied zum alten, sozialdemokratischen Revisionismus, der gewissermaßen aus den Oberschichten der Arbeiterklasse herausgewachsen ist, ist der neue, „moderne“ Revisionismus als imperialistische Zersetzungsideologie von außen in die kommunistische Bewegung eingeschleust worden.“

Der moderne Revisionismus hat unter anderem die These aufgestellt, dass der Imperialismus nicht mehr der Todfeind des Sozialismus sei, sondern ein Partner, mit dem gemeinsam der Weltfrieden gesichert werden könne, dass also der Klassencharakter der Systeme keine Rolle mehr spiele. Dazu Kurts

Zusammenfassung am Beispiel Earl Browders, des Generalsekretärs der KP der USA, aus der eben schon zitierten Schrift: „*Ab 1942, nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, schlug Browder einen opportunistischen Kurs ein, löste die KP der USA auf und verwandelte sie in eine Art Propaganda-Verein, befürwortete das Aufgehen der Partei in einer breiten, alle Klassen umfassenden antifaschistischen Front, die Preisgabe des Kampfes der Kommunisten um den Sozialismus in den USA, und verkündete, die USA hätten ihre Absicht, den Sozialismus in der Sowjetunion zu beseitigen, aufgegeben, künftig werde ein dauerhafter Frieden durch die Zusammenarbeit der USA mit der UdSSR gesichert und die Sowjetunion solle ihre zerstörten Gebiete mit USA-Krediten wieder aufbauen.*“

Wie aber konnte ein solcher Unsinn in der KPdSU Fuß fassen? Schließlich hatte die Moskauer Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder - Jugoslawien hatte seine Teilnahme abgesagt - 1957 in ihrer Schlusserklärung folgendes formuliert:

“Der moderne Revisionismus ist bemüht, die große Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen, er erklärt sie für ‚veraltet‘, behauptet, sie habe heute ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verloren.

Die Revisionisten sind bestrebt, die revolutionäre Seele des Marxismus auszumerzen und den Glauben der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes an den Sozialismus zu erschüttern. Sie wenden sich gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus,

sie leugnen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei,

sie lehnen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab,

sie fordern Verzicht auf die grundlegenden Leninschen Prinzipien des Parteaufbaus und vor allem auf den demokratischen Zentralismus,

sie fordern, dass die kommunistische Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierklub verwandelt wird.”

Das wurde 1957 formuliert und beschlossen und trotzdem gelang es dem Revisionismus, die sowjetische Partei zu erobern – in Gestalt des 1. Sekretärs Chruschtschow und selbstverständlich etlicher Helfershelfer im Hintergrund.

Schauen wir uns eine (unvollständige) Zusammenstellung der zersetzend wirkenden Aktivitäten an, so wie Kurt sie aufgedeckt hat.

Zunächst gab es 1955 die Rehabilitation Titos mit der Begründung, man habe die Materialien, die seinerzeit, also 1948, zu einer scharfen Kritik an der Politik der KPJ geführt hatten, geprüft. Sie seien von – ich zitiere – „*Volksfeinden, niederträchtigen Agenten des Imperialismus fabriziert*“ worden. Chruschtschow „*bedauerte aufrichtig*“, was gegenüber dem „*teuren Genossen Tito*“ geschehen war.

Gleichzeitig wurde 1955 der so genannte „Nationalkommunismus“ von Chruschtschow für hoffähig erklärt. Kurt zitiert Chruschtschow: „*Die Frage der inneren Einrichtung, des Unterschieds in den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus sind ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder.*“ Man sprach jetzt von einem „sowjetischen Modell“, dem auch andere Modelle an die Seite gestellt werden könnten. Diese „nationalkommunistische“ Position behinderte die Integration der Wirtschaft der sozialistischen Länder im RGW. Hierzu Kurt aus seiner Arbeit: „*Revisionismus in der kommunistischen Bewegung*“: „*Die DDR-Regierung unternahm im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe immer wieder Vorstöße, um den RGW zu einem effektiven Organ der Zusammenführung und gegenseitigen Abstimmung der Wirtschaftspläne zu machen. Dazu wäre notwendig gewesen, den RGW in ein Planungszentrum umzubilden, das nicht nur Empfehlungen austeilten durfte, sondern dessen gemeinsam erarbeitete Festlegungen den gleichen Grad von Verbindlichkeit für alle hatte wie jene der nationalen Plankommissionen im eigenen Land. Das aber war unvereinbar mit der „nationalkommunistischen“ Position, nach der „die konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus“ ausschließlich Sache jedes einzelnen Landes sind. Es ist überhaupt nicht zu ermessen, welcher ungeheurer Schaden, welche Riesenverluste an Mitteln und Produktivitätsentwicklung durch die Blockierung der sozialistischen internationalen Wirtschaftsplanung dem Sozialismus zugefügt wurde.*“

Im Februar 1956 folgte der XX. Parteitag der KPdSU. Berühmt ist er vor allem wegen Chruschtschows Geheimrede, der Verdammung Stalins, was die Initialzündung für den Anti-Stalinismus war, den nicht wenige Genossen als die Speerspitze des Anti-Kommunismus bezeichnen. Die Art, wie die Geheimrede vorgetragen wurde, spottete jeder Beschreibung. Ein Eindruck

aus einem Bericht von Kaganowitsch u.a., übersetzt von Kurt, veröffentlicht in der Taubenfußchronik, Band I: *“Der XX. Parteitag ging seinem Ende entgegen. Plötzlich wird eine Pause eingelegt. Die Mitglieder des Präsidiums werden in den hinteren Raum, der zum Ausruhen bestimmt ist, zusammengerufen. Chruschtschow stellt die Frage, auf dem Parteitag seinen Vortrag über den Persönlichkeitskult Stalins und dessen Auswirkungen anzuhören. Gleichzeitig wurde uns der Entwurf des Vortrages in einem rotgebundenen maschinenschriftlichen Büchlein verteilt. Die Sitzung ging unter anormalen Bedingungen vor sich – in einer Enge – manche saßen, andere standen. Es war schwierig, in kurzer Zeit dieses umfangreiche Heft durchzulesen und seine Inhalt durchzudenken, um entsprechend den Normen der innerparteilichen Demokratie einen Beschluss zu fassen.*

Alles das in einer halben Stunde, denn die Delegierten saßen im Saal und erwarteten etwas für sie Unbekanntes, da die Tagesordnung des Parteitages bereits erledigt war. ... Die Genossen Kaganowitsch, Molotow, Woroschilow und andere sprachen, brachten Einwände vor. ... Die Sitzung zog sich hin, die Delegierten (im Saal) erregten sich, und deshalb wurde ohne jede Abstimmung die Sitzung beendet und wir begaben uns in den Saal. Dort wurde die Ergänzung der Tagesordnung verkündet: den Vortrag Chruschtschows über den Persönlichkeitskult Stalins anzuhören. Nach dem Vortrag fand keinerlei Aussprache statt, der Parteitag beendete seine Arbeit.”

Die Geheimrede wurde in der Sowjetunion nicht veröffentlicht, sehr wohl aber kurz nach dem Parteitag in der New York Times. Kurt nennt die Wirkung der Geheimrede auf die Kommunistischen Parteien „verheerend“.

Aber es gab beim XX. Parteitag noch weitere Weichenstellungen Richtung Revisionismus, zum Teil noch nebulös formuliert, aber es waren Weichenstellungen. Zum Beispiel wurde auf eine andere Haltung gegenüber dem Imperialismus, vor allem gegenüber den USA, hingearbeitet. Dafür behauptete man, Kriege seien keine Gesetzmäßigkeit des Imperialismus mehr (was eine gute Vorbereitung für Gorbatschows These von der Friedensfähigkeit des Imperialismus war). Ein anderes Beispiel: weil der Sozialismus weltweit so stark sei, könne eine sozialistische Umgestaltung kapitalistischer Länder inzwischen auch auf dem parlamentarischen Wege erfolgen, es brauche keine Revolution mehr. Und was die Wirtschaftspolitik anging, war Chruschtschow gerade dabei, vollkommen unrealistische

Planziele festzuschreiben, die dazu führten, dass die Pläne abgebrochen werden mussten, so der beim XX. Parteitag angenommene Plan bereits nach eineinhalb Jahren. Die Autorität des Plans sowie der Plankommission wurden so folgenscher beschädigt.

Dann folgte die Auflösung des Kominform-Büros. Am 17. April 1956 erschien die Zeitung desselben mit dem Titel „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie“ zum letzten Mal.

1959 begann der Streit zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei um die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, der unter der Bezeichnung „Die große Polemik“ in die Geschichte eingegangen ist und der zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung führte. Die chinesische Partei kritisierte die KPdSU für die marktwirtschaftlichen Wirtschaftsreformen und die Zugeständnisse, die die Sowjetunion dem Imperialismus machte und äußerte die Hoffnung, dass die sowjetischen Genossen den Weg zurück zum Marxismus-Leninismus finden mögen. Diese reagierten sehr heftig, die Sowjetunion zog Wirtschafts- und Militärberater und –spezialisten zurück. Die Auseinandersetzung ging so weit, dass es Ende der 60er Jahre sogar zu einem Grenzkrieg kam.

Anfang der 60er Jahre wuchs das Chaos in der sowjetischen Wirtschaft, die Versorgungslage verschlechterte sich, die Akkumulationsrate fiel, man musste Getreide im Ausland kaufen, man brauchte internationale Kredite – schließlich wurde Chruschtschow am 13. Oktober 1964 gestürzt.

Es muss scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gegeben haben, denn es hatte 1957 schon einen Versuch gegeben, Chruschtschow abzusetzen, der aber misslang.

Aber all das geschah hinter verschlossenen Türen. Kurt sagt zu der Tatsache, dass diese Kämpfe nur hinter den Kulissen stattfanden, in seiner Schrift: „Revisionismus in der kommunistischen Bewegung“, in: „Wie konnte das geschehen?“, Bd.1:

„Der Revisionismus ist der „Weichmacher“ des Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus. Wenn man seinem schleichenden Zersetzungswerk keinen Einhalt gebietet, vermag er im Laufe der Zeit selbst granitenes Urgestein, wie die bolschewistische Partei, in eine Puddingmasse

zu verwandeln, die selbst ein Pizza-Hut-Vertreter und ein Alkoholiker beiseite zu räumen vermögen. Die Geschichte ist ein grausamer Lehrmeister. Weil die sowjetischen Gegenspieler der revisionistischen Usurpatoren ihren Kampf gegen die Revisionisten nicht der Lenin'schen Forderung nach offenem Austragen der Gegensätze entsprechend führten, sondern verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit, erlaubten sie dem „Weichmacher“ des Imperialismus, ungestört die Partei und die Sowjetmacht zu zersetzen.

Lenin lehrte (im Schlußwort zur Rede über den Frieden, LW 28, S. 246): „Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“

Daß nicht immer und nicht konsequent danach gehandelt wurde - das ist, so meine ich, eine der entscheidendsten Ursachen für die Niederlage des Sozialismus. Künftig immer und unter allen Umständen nach dieser Lehre Lenins zu handeln - das ist eine der wichtigsten Lehren aus unserer Niederlage.“

Zur Breshnew-Ära hat sich Kurt nur sehr spärlich geäußert, mir ist überhaupt nur eine Textstelle bekannt. Diese befindet sich in seinem Brief an die MLPD. Dort schrieb er im Zusammenhang mit dem so genannten „Prager Frühling“: *„Breshnew, einst Chruschtschows engster Vertrauter, war in Wahrheit der Schutzpatron der einheimischen und auswärtigen Revisionisten; er hat überhaupt nicht daran gedacht, den Prager „Reformern“ Hindernisse in den Weg zu legen. Umgekehrt: er hat, so lange es irgend ging, verhindert, dass ihnen schon früher das Handwerk gelegt wurde.“*

Kommen wir zu Kurts Analysen über die Perestroika.

Gorbatschow hatte ja bekanntlich erklärt, zu Lenin zurückkehren zu wollen, die Leninschen Parteinormen wieder zur Geltung zu bringen. Kurt analysiert in diesem Zusammenhang die programmatische Rede Gorbatschows zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution und kommt zu gegenteiligen Schlussfolgerungen. Ich möchte zunächst zwei Hinweise zitieren, die Kurt gab. Sie stammen aus der Schrift „Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow“, erschienen im Februar 1993 als Sonderdruck der Kommunistischen Arbeiterzeitung, dann mehrfach nachgedruckt, u.a. auch bei uns.

Erstens: „Die ständige Berufung auf Lenin sollte Gorbatschow als zuverlässigen Leninisten ausweisen; die von ihm angeführten Zitatfetzen hingegen sollten seine antileninistische Politik durch die Autorität Lenins gegen Angriffe abdecken. Buchstäblich jedes angeführte Lenin-Zitat, mit dem Gorbatschow seine „Reform-Politik“ begründet, erweist sich bei Überprüfung als größtenteils mißbraucht: Liest man nach, besagt die entsprechende Passage, aus der das Zitat herausgezielt wurde, das Gegenteil dessen, was Gorbatschow mit ihm sanktionieren will; bei Lenin ist der Kern der Aussage immer die Begründung der Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes; Gorbatschow mißbraucht seine Zitatfetzen immer als Beleg für die Übereinstimmung seiner Absage an den Klassenkampf mit Leninschem Denken.“

Und zweitens: „Es zeigte sich eine besondere Vorliebe Gorbatschows und seiner Schreiber-Garde für die NÖP-Periode. Sie wird entgegen der eindeutigen Aussage Lenins nicht als zeitweiliger Rückzug, sondern als die Methode des sozialistischen Aufbaus dargestellt, die von Stalin fälschlicherweise abgewürgt wurde, zu der man aber jetzt zurückkehren müsse, um das Land aus der Stagnation herauszuführen. Die besondere Begeisterung der Gorbatschow-Leute ruft die NÖP wegen der Zulassung verschiedener Eigentumsformen hervor; sie ist damit geeignet, die Propagierung der Zulassung von privatem Eigentum an Produktionsmitteln neben dem sozialistischen Eigentum als Rückkehr zu Leninscher Politik zu deklarieren.“

Kurt kritisierte die neue Außenpolitik der sowjetischen Führung scharf, die mit dem Begriff des „Neuen Denkens“ einherging. Er zitiert Gorbatschow mit dessen Frage: „Worauf rechnen wir also, wissend, dass man eine sichere Welt zusammen mit den kapitalistischen Ländern aufbauen muss?“ und kommentiert: „Da ist es heraus: man muss die sichere Welt nicht gegen den Imperialismus erkämpfen, man kann sie „zusammen mit ihm aufbauen“! ... Kurt zitiert noch einmal Gorbatschow: „Entweder Zusammenbruch oder gemeinsame Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, in der die Interessen sowohl der einen als auch der anderen wie auch die Dritter auf gleichberechtigter Basis berücksichtigt werden. Der Weg zur Errichtung einer solchen Ordnung scheint sich jetzt abzuzeichnen“ und Kurt sagt dann dazu: „das ist die „freudige Botschaft“, die der „Neudenker“ Gorbatschow der von

Atomkriegsängsten geschüttelten Menschheit verkündet. "Neues Denken"? Uralte, sozialdemokratisch-pazifistische Seichtbeutelei, die nur zu einem gut ist: Die Menschen zur politischen Passivität zu veranlassen in dem Glauben, "die da oben" würden's schon richten!" (Auch diese Zitate aus der schon erwähnten Arbeit)

Gorbatschow setzte dann die so genannten allgemein menschlichen Interessen über die Klasseninteressen, sprach vom Vertrauen, das sich zwischen den USA und der Sowjetunion gebildet habe, von einer gemeinsamen Entwicklung und größeren Einheit der Welt usw. Im UNO-Sicherheitsrat verzichtete der sowjetische Vertreter auf ein Veto gegen den Irak-Krieg.

Zusätzlich zum Primat der „allgemeinen Menschheitsinteressen“ erfand Gorbatschow dann das „gemeinsame Haus Europa“, das Teil einer „neuen Welt“ sein sollte und formulierte: *“Die philosophische Konzeption des gesamteuropäischen Hauses schließt die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation aus, ja selbst die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, vor allem von militärischer – Bündnis gegen Bündnis oder innerhalb eines Bündnisses – wo auch immer.”* Man muss sich darüber klar sein, dass damit nicht Frieden gemeint war, sondern die Preisgabe der Länder des Warschauer Vertrages. Ganz gemäß dieser Doktrin, sich nirgends einzumischen, wurde dann im Herbst 1989 die DDR von Gorbatschow an die BRD verkauft. In den sozialistischen Staaten raste die Konterrevolution.

Flankierend zu den beschriebenen abenteuerlichen außenpolitischen Vorstellungen gab es in der Sowjetunion einen rasanten Umbau in der Wirtschaftspolitik, kurz zusammengefasst ging das so: Autonomie der Betriebe (z.B. Eigenverantwortung für Investitionen und Löhne), staatliche Abnahme von Produkten nur noch zu 50 %, damit der Rest dem Privatverkauf zur Verfügung stehe, Zulassung von genossenschaftlich und privat geführten Betrieben, Außenhandel auf eigene Rechnung der Betriebe, Pachtverträge für Bauern, so dass sie wieder zu privat wirtschaftenden Kleinbauern wurden. Die Folgen waren Versorgungsgengpässe, Lebensmittelknappheit, steigende Geldentwertung.

Schließlich wurde das Ende eingeleitet, die Auflösung der Sowjetunion, der folgte das Verbot der KPdSU.

Mit der Art der Aufarbeitung dieser Katastrophe in den kommunistischen Parteien war Kurt sehr unzufrieden, denn die europäische Konterrevolution hat ja nicht dazu geführt, dass es Analysen und Diskussionen zur Fragen des Revisionismus gegeben hätte, nein, ganz im Gegenteil: der Anti-Stalinismus feierte neue Erfolge. Die SED wurde zur PDS umgeformt, mehrere kommunistische Parteien Europas warfen den Marxismus-Leninismus über Bord wie z.B. die französische und die österreichische, oder lösten sich gar ganz auf, wie die italienische. Es ging die Mär um, die Niederlage des Sozialismus in Europa sei eine Spätfolge der „Deformationen, Entstellungen und Verbrechen“ der Stalin-Zeit.

Zur Verdeutlichung dazu nochmals Kurt, wieder aus der Arbeit: „Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow“: *„Wer damals sich von solchem Sirengesang einlullen ließ, weil er seiner Sehnsucht nach Abwendung der Atomkriegsgefahr entsprach, wer also an die Stelle rationaler Wirklichkeitsanalyse Wunschdenken setzte, der muß aber doch wenigstens heute, nachdem die Gorbatschowschen Seifenblasen zerplatzt sind und die Welt sich genau in den Bahnen bewegt, die bestimmt werden von den von Marx und Lenin erkannten Gesetzmäßigkeiten, sich eingestehen, daß Gorbatschow – um das Wenigste zu sagen – einem fatalen Irrtum unterlegen ist.*

Und dann müßte sich eigentlich eine nachdenkliche Frage aufdrängen: Wieviel zigtausende Mal wurde Stalin für schuldig erklärt und verdammt, weil er die Warnungen vor dem genauen Datum des Überfalles der deutsch-faschistischen Armee nicht geglaubt und damit – so wird recht leichtfertig behauptet – viele Tausende oder Hunderttausende Sowjetsoldaten sinnlos geopfert habe?

Wie schwer aber wiegt erst der “Irrtum” Gorbatschows, ein Irrtum, der nicht nur Rückschläge verschuldete, sondern die Ergebnisse von 70 Jahren sozialistischer Staatlichkeit verspielte, damit alle Opfer von Revolution, Bürgerkrieg und zweitem Weltkrieg umsonst gebracht werden ließ, ein Irrtum der all die Tausende Menschenopfer der Kriege zwischen den Völkern der ehemaligen Sowjetunion, die Opfer der jugoslawischen Tragödie, die Opfer aller, die in der Dritten Welt deshalb sterben, weil es kein sozialistisches Lager mehr gibt, nach sich zog?

Warum ist der Irrtum des einen, der dennoch den größten weltgeschichtlichen Sieg des Sozialismus nicht verhinderte, ein Grund zur ewigen Verdammnis, und warum ist der "Irrtum" des anderen, der die schwerste, nie für möglich gehaltene, opferreichste Niederlage der Arbeiterbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte im Gefolge hatte, nicht einmal der Erwähnung wert?"

Das klingt schon fast gequält. Kurt blieb ja auch relativ allein mit seiner Forschung zum Revisionismus, wurde von interessierten Kreisen ausgegrenzt, man versuchte, ihn tot zu schweigen. Aber das gelang zum Glück nicht.

Lasst mich noch ein persönliches Wort sagen: Mitte der 90er Jahre kam für Anna und mich mit Kurts Arbeiten Licht ins Dunkel, endlich ergab sich eine Antwort auf die brennende Frage: „Warum konnte die Konterrevolution in Europa siegen?“ Es wurde klar, wo die Gefahren lauerten, die Fehler lagen und wie man sie erkennt. Kurt war für Anna und mich, bezogen auf die Entwicklung der Welt nach 1945 und bezogen auf die grundlegenden Erkenntnisse über den modernen Revisionismus genauso wichtig wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin für die Zeit vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg, als es um die Auseinandersetzung mit dem klassischen Revisionismus ging.

Die Analyse der Vergangenheit, vor allem die Analyse von Niederlagen, ist für uns Kommunisten unerlässlich, denn nur so ist ein Lernen für die Zukunft möglich. Und darin, uns wertvolle Analysen geliefert zu haben, die die Zusammenhänge aufzeigen und die Ursachen für unsere dramatische Niederlage beleuchten, liegt die Bedeutung und die Größe Kurt Gossweilers.

Dieter Kraft: Stalin oder doch nicht Stalin

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe nachgedacht, was Renate Schönfeld gegen mich hat. Und ich bin zu keinem Ergebnis gekommen, denn ich habe ihr nie etwas Böses getan. Aber sie kommt auf mich zu und fragt mich, ob ich über Stalin reden möchte. Wer redet gern freiwillig über Stalin? Denn mit Stalin ist es schließlich immer irgendwie ambivalent. Die einen sagen so, und

die anderen sagen so, und manchmal sagen dieselben Personen so und so. Ich komme noch darauf.

Ich bin also in meiner Not zu meiner Frau gegangen, um mir seelsorgerlichen Rat zu holen. Meine Frau sagte nur: Ach, mach es ganz kurz, da werden ohnehin genug profunde Beiträge geliefert, und sage einfach: Gossweiler war ein Stalinist und wurde hundert Jahre alt. Meine Frau hat einen reformierten Hintergrund; und da sitzt in Genf der Calvin, und der hatte etwas Nettes erfunden: den syllogismus practicus. Und das heißt übersetzt ins Säkulare: Wenn man hundert Jahre lang das Richtige macht und denkt, dann wird man hundert Jahre alt. Calvin dachte das natürlich irgendwie anders, aber wir können das ja einmal säkularisieren.

Ich wollte eigentlich gar nicht über Stalin reden, denn Stalin verdanke ich meine erste und einzige Ohrfeige meines Vaters. Abgegeben, ich bin nicht sicher, am 5. oder auch 6. März 1953. Ich war gerade einmal 4 Jahre alt und bin mit meinem Vater auf der Straße und sage dann, vorlaut wie Buben in diesem Alter so sind - und wir lebten in einer kleinen Stadt, in der alle mithörten: Nicht wahr, Vati, jetzt ist der Verbrecher endlich tot. Und schon hatte ich eine weg.

Ich verstand das überhaupt nicht, denn zu Hause redete man so. Mein Vater war kein Reaktionär. Er war auch kein Stalinanhänger, da hätte es sich sicher auch angeboten, mich zu ohrfeigen. Mein Vater war Sozialdemokrat, der aber erst 1934 in die SPD eingetreten ist, als die schon in der Illegalität war. Und er erzählte immer: Vormittags hätten sie sich mit den Nazis gekloppt und nachmittags dann mit den Kommunisten. Und wenn man in einer solchen Atmosphäre groß wird, dann äußert man sich auf der Straße halt so. Und da dachte ich, weil ich das ganze gar nicht verstand: Nein, zu Stalin äußerst du dich nicht mehr. Das hat ja irgendwie komische Wirkungen. Ausgerechnet mein Vater schlägt mich. Dann habe ich mich Jahrzehnte zu Stalin auch nie wieder geäußert.

Und dann hat sich aber Kurt Gossweiler wieder einmal zu Stalin geäußert - in den Weißenseer Blättern. Wir saßen nach 1989 fast alle zwei Monate in einer Runde zusammen, die sich um die Weißenseer Blätter gesammelt hatte, unter anderem auch Karl Eduard von Schnitzler und andere Prominenz, die man jetzt anfassen konnte und die man jetzt auch zu hören bekam. Es war

faszinierend, wie ja auch Hanfried Müller faszinierend war. Müllers hatten schon 1982 die Weißenseer Blätter als Samisdat, nicht auf den "Markt", aber unter die Leute gebracht. Und das Büro des Staatssekretärs für Kirchenfragen versuchte das immer zu verbieten. Denn die wollten gern das Plazet geben. Aber wir haben sie austricksen können, denn sie durften das Plazet nur geben, wenn wir regelmäßig erschienen wären, also z.B. immer 6mal im Jahr. Wir erschienen aber mal fünfmal im Jahr, mal siebenmal im Jahr und mal sechsmal im Jahr. Und damit waren wir dieser Verordnung enthoben.

Und diese Weißenseer Blätter drucken in Heft 4/1994 Kurt Gossweilers Rede auf dem internationalen Seminar kommunistischer und Arbeiterparteien in Brüssel am 1. Mai 1994: "Der Antistalinismus - das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung". Diese Rede ist einfach großartig, und sie ist so toll und so provozierend auch, daß sie Eingang in Wikipedia gefunden hat, also dort, wo man nachweist, daß Gossweiler ein Stalinist ist. Das ist ja auch dankend anzunehmen. Gossweiler schreibt Dinge, die alle völlig klar sind und die man heute eigentlich nur unterstreichen kann: *"Der Antistalinismus ist heute tatsächlich das größte Hindernis für den Zusammenschluss der Kommunisten, wie er gestern der Hauptfaktor der Zerstörung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten war."*

Und er geht dann auch auf die Moskauer Prozesse ein und zieht Zeugen ins Zitat, die alle sagen: Selbstverständlich, das sind Sachen, die auch völlig in Ordnung waren. Der US-amerikanische Botschafter in Moskau, Joseph Edward Davies, wird ausführlich zitiert - und zwar so, daß der sagt: *„Ja, natürlich, das ist eine Fünfte Kolonne gewesen, und die hat sich herausgebildet, und da muss man gar nicht den Kopf schütteln. Der britische Kronanwalt Denis Nowell Pritt schreibt 1965: "Mein Eindruck war,... daß der Prozeß im allgemeinen fair geführt wurde und die Angeklagten schuldig waren ... Der Eindruck aller Journalisten, mit denen ich sprechen konnte, war ebenfalls, daß der Prozeß fair war und die Angeklagten schuldig; und gewiß dachte jeder ausländische Beobachter, von denen es etliche gab, vorwiegend Diplomaten, das Gleiche. ... Ich hörte einen von ihnen sagen: Natürlich sind sie schuldig. Aber wir müssen das aus Propagandagründen abstreiten."* (From Right to Left, London 1965, S. 110/111) Und dann zitiert Kurt auch den Brecht aus dieser Zeit. Und das ist doch erstaunlich: Brecht ist ein Kronzeuge

für ihn, und kaum ist der Stalin tot, da spricht Brecht vom *"verdienten Mörder des Volkes"* (Werke, Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, 1988-1998 [30 Bände], Bd. 15, S. 300)

Mit solchen Widersprüchen lebt man ungern. Und das meinte ich, als ich sagte, wenn man auf Stalin kommt, kommt man immer auch in so eigenartige Spannungen hinein. Das geht einem sogar bei Hacks so. Ich dachte, es ist nicht möglich, aber es ist möglich. Wir wissen natürlich: Hacks ist ein Stalinist und er würde auch immer das Gegenteil bestreiten. Er würde den Begriff Stalinismus, also Stalinist, sicher dialektischer ausformulieren, aber nun lesen wir, dem Oehme verdanken wir das, ein ganz junges HacksBuch *"Marxistische Hinsichten"*, herausgegeben von Heinz Hamm. Hacks bekommt von André Müller sen. Chruschtschows *"Geheimrede"*, die er noch nie gelesen hatte, und schreibt am 4. Mai 2001 zurück: *"Die Chruschtschowrede finde ich reinlicher gedacht, als ich erwartet hätte. Offenbar geht Nikita davon aus, daß die Mehrheit der Partei kommunistisch denkt. Er wagt keine politische Kritik an Stalin. Er benimmt ihn keiner seiner Taten. Leider neigte der Verblichene zu Unbeherrschtheit. Er hatte es im Kopf und mordete die Hälfte aller Bolschewiken."* (Berlin 2018, Eulenspiegel Verlag, S. 592) Das bekommt man bei Peter Hacks zu lesen und ist auch erstaunt ein bisschen.

Deswegen sagte ich: Mit dem Thema habe ich so meine Schwierigkeiten, weil man die Dinge zusammenbringen muss. Und ich glaube, Kurt Gossweiler gehörte zu jenen, die das zusammenbringen können, weil er, was heute noch gar nicht zur Sprache gekommen ist, ein Hegelianer war - und als Hegelianer das Ganze und die Gesamtheit des politischen Prozesses sieht, der sich in diesem Land abspielt, mit dieser Revolution, die zunächst gar nicht erwartet wird und die dann aber doch eintritt und die unter den schwierigsten Bedingungen durchgeführt wird und schließlich zu einem Sozialismus führt, man muß das wirklich so sagen, der immer nur Kriegssozialismus war. Wir hatten auch im Rest der Welt niemals Sozialismus, wir hatten immer nur Kriegssozialismus.

Erst kamen die Interventionstruppen, dann kamen die Weißgardisten, dann kamen die Opportunisten, die Revisionisten, dann kam der Weltkrieg, dann kam der Kalte Krieg - bis zum Schluss hatten wir keinen Sozialismus, der sich irgendwie friedlich und organisch hätte entwickeln können. Wir hatten immer einen Kriegssozialismus - und in einem Krieg ist alles ganz anders als in

Friedenszeiten. Und ich glaube, daß das der Gedanke war, der für das Verhältnis von Kurt zu Stalin der tragende war. Er sah, dass sich in keiner Weise unter normalen Bedingungen Sozialismus entwickeln konnte, dass alle Gegner und Kritiker diesen Aspekt völlig außen vor ließen. In Domenico Losurdos wunderbarem Stalin-Buch (PapyRossa Verlag, Köln 2012) ist das genau aufgeführt, diese außergewöhnliche Situation, die wirklich auch zum Teil in einen außergewöhnlichen Wahnsinn führen kann. Also auch zu einem politischen Wahnsinn. Man muß nicht sagen, daß da alles gerechtfertigt war. Nein, im Krieg ist das so. Da wird angeordnet und befohlen, und dann fallen viel mehr Köpfe als eigentlich müssten oder sollten.

Ich habe dann in der nächsten Nummer der Weißenseer Blätter eine Entgegnung auf Kurt geschrieben. Und die hieß zunächst: "Stalin oder doch nicht Stalin". Da habe ich viel dummes Zeug geschrieben. Unter anderem aber auch einen Gedanken, der vielleicht nicht dumm war. Es war die Frage, wie das sein konnte, dass ein Generalsekretär Gorbatschow seine eigene Partei auflösen konnte. Was ist das für eine Struktur, für eine Hierarchie, wo der Chef seine eigene Truppe entmachten konnte - wie bei der Armee, da kann der Chef auch sagen: Krieg zu Ende, geht nach Hause. Liegt da nicht etwas vor, was wir vielleicht nicht auch - ich sage: möglicherweise, weil ich mir gar nicht so sicher bin - dem sogenannten Stalinismus zuordnen müssen?

Aber dann habe ich mir - viele Jahre später, vor einem Urlaub in der Toskana - von einer hochverehrten Freundin, der einst jüngsten Staatsanwältin der DDR, die Stalin-Werke schenken lassen. Sie tat das gern, weil sie sie zweimal hatte. Und so bin ich mit 13 Stalin-Bänden nach Italien gefahren und habe die da von Deckel zu Deckel gelesen - bei entsprechendem italienischen Wein - und stellte fest: das ist alles so fabelhaftes Zeug, was da drin steht, daß man nur mit dem Kopf schütteln kann, wenn so undialektische Stalinkritik kommt.

Dann habe ich auf meiner Webseite, auf der ich meinen Anti-Gossweiler-Artikel veröffentlicht hatte, Buße getan. Als Theologe gehört sich das so. Und ich habe geschrieben, daß ich nunmehr - auch dank seiner - zu besserer Einsicht gekommen bin.

Die verdanke ich also den Stalin-Bänden, dem italienischen Wein und dem Kurt Gossweiler und dem am meisten, und ihm danke ich jetzt besonders.

Hans Bauer: Kurt Gossweilers Position und Erkenntnisse zur Konterrevolution

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde von Kurt Gossweiler,

Kurt Gossweiler gehörte zu jener Minderheit, die die sogenannte Wende als das charakterisierte, was sie tatsächlich war: **Eine Konterrevolution.**

Dass Antikommunisten und Feinde des Sozialismus diese Vorgänge und Ereignisse - wie Gossweiler sagte, die "zeitweilige Niederlage" - verfälschend gern als "friedliche Revolution" verkaufen möchten, entspricht ihrer Absicht zu manipulieren und zu verwirren. Dass anscheinend neutral von einer "Wiedervereinigung" gesprochen wird, ist zumindest nachvollziehbar, wenn auch falsch, Begriffe wie Anschluss und Annektion machen schon deutlicher, was mit dem "Einigungsvertrag" zwischen beiden deutschen Staaten vor sich ging. Wenn es auch tatsächlich kein Vertrag gleichberechtigter Partner war.

Beeindruckend fand ich die Charakterisierung, die der Pädagoge und Psychologe Wolfgang Jantzen zur ostdeutschen Situation in seinem Buch "Grenzerfahrungen" unter Bezug auf Sartres Arbeit "Kolonialismus als System" - hier bezogen auf den französischen Kolonialismus in Algerien - herstellte.

Sartre: "Zuerst die Widerstände brechen, die Kader zerschlagen, unterwerfen, terrorisieren. Erst dann wird das Wirtschaftssystem etabliert. Und worum geht es? Industrien in den unterworfenen Ländern zu schaffen? Keineswegs: das Kapital wird in Frankreich bleiben, es wird einfach in neuen Industrien investiert, die ihre Fertigwaren dem kolonisierten Land verkaufen werden".

Frappierend, finde ich, diese Ähnlichkeit.

Natürlich den deutschen Verhältnissen angepasst. Filigraner, aber im Kern dasselbe Vorgehen im Osten.

Übrigens haben bereits in den 1990-er Jahren der Westberliner Politikwissenschaftler Fritz Vilmar und später der Autor Fritz Micklisch von der Kolonisierung der DDR gesprochen und geschrieben.

Und erstaunt war ich, als ich im November 2017 selbst vom Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger den Begriff "kultureller Kolonialismus" für die Befindlichkeit der ostdeutschen Bürger vernahm.

Aber natürlich, liebe Genossinnen und Genossen, ging es Kurt Gossweiler nicht nur um die Beschreibung von Vorgängen - so wichtig sie für eine Analyse auch sind. Ihm ging es um das Wesen der Sache. Um die Systemfrage. Um den Abbruch einer (erfolgreichen) sozialistischen Entwicklung und den Ursachen.

Dass hier ein - zeitweiliger - Systemwechsel vonstatten gegangen war, müsste eigentlich jedem Marxisten-Leninisten klar sein. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse hatten sich grundlegend verkehrt, nämlich Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Macht und Machtstrukturen einer kapitalistischen Gesellschaft wurden im Osten wieder hergestellt. Die politische Macht wurde übernommen und wird ausgeübt von politischen Parteien - in welcher Konstellation auch immer -, die im Dienste des Kapitals stehen. Und inzwischen Deutschland zu einem führenden imperialistischen Staat gemacht haben, der an Aggressionen und Kriegen beteiligt ist und nach Weltmacht strebt

Das sozialistische Eigentum der DDR wurde zerschlagen, insbesondere das Volkseigentum. Privatkapitalistische Verhältnisse wurden durch Rückgabe von Grund und Boden sowie von Produktionsanlagen an die alten Eigentümer wieder errichtet. Dazu bediente sich die Macht einer sogenannten Treuhand, die mit Mafia-Methoden das Eigentum des Volkes verschleuderte.

Mit diesen Vorgängen erfolgte die **Restauration kapitalistischer Verhältnisse**. Sozialistische Verhältnisse wurden liquidiert und in kapitalistische zurückgeführt.

Das war und ist Konterrevolution.

Kurt Gossweiler hat dies nicht nur festgestellt, sondern auch so deutlich ausgesprochen. Linke, auch Kommunisten, haben bis heute erstaunlicherweise oft Schwierigkeiten, dies auch als Konterrevolution zu benennen und hierzu offen Positionen zu beziehen.

Kurt Gossweiler geht aber noch weiter. Er stellte nicht nur fest, dass mit der Konterrevolution eine zeitweise Niederlage des Sozialismus verbunden ist, er befasste sich anhand von Fakten, Auseinandersetzungen und Analysen mit den Ursachen der Restauration dieser alten Verhältnisse.

Und er stellt sich die Frage: *"Warum hat die DDR der Konterrevolution nach 40-jährigem erfolgreichem Abwehrkampf 1989 nicht mehr standgehalten? Sind die Angriffe der Konterrevolution so viel stärker geworden - oder hat die innere Widerstandskraft so sehr nachgelassen?"*

Seine Antwort: *"Das ist natürlich zutreffend, mehr noch, es gilt nicht nur für die DDR, sondern für alle sozialistischen RGW-Staaten".*

Und er schlussfolgert: *"Der Zusammenbruch der DDR ist kein Einzelergebnis, sondern ein Ausschnitt aus einem Kollektivereignis und muss als solches verstanden und erklärt werden".*

Aufschlussreich hierzu sind seine Forschungen, die er im "Wider den Revisionismus" vorlegt. Vorredner haben hierzu ausführlich gesprochen. Ich möchte hier nur einen Gedanken Gossweilers hervorheben, der mir besonders zutreffend und überzeugend erscheint. Er verglich die Niederlage des Sozialismus 1989/90 mit dem Zusammenbruch der II. Internationale 1914. Und stellt fest: *"Was 1914 als ein 'plötzlicher' Zusammenbruch erschien, war das Endergebnis einer langen, schleichenden Zersetzung der sozialistischen Parteien, gegen deren Anfänge schon Marx und Engels in ihrem berühmten Zirkularbrief vom September 1879 angekämpft hatten, als sie an Bebel und Wilhelm Liebknecht schrieben; 'Wir haben seit 40 Jahren einen Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen'".*

Und Gossweiler stellt weiter fest: *"Es liegt nahe zu fragen, ob dem 70 Jahre danach erfolgten Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten nicht eine ähnliche Entwicklung zugrunde liegt wie dem Zusammenbruch der II. Internationale".*

Seine Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus in den sozialistischen Staaten belegen, welche Veränderungen im Laufe von Jahrzehnten erfolgt sind und letztlich der Konterrevolution zum Sieg verhalfen.

Überzeugend für mich sind vor allem Gossweilers Gedanken für den Zeitraum 1985 bis 1990. Er bezog sich dabei auf die Politik Gorbatschows an der Spitze der KPdSU. Mit dessen und Schewardnadses Erklärungen vor der UNO, dass die Politik der friedlichen Koexistenz nicht als eine besondere Form des Klassenkampfes, sondern als "universelles Prinzip zwischenstaatlicher Beziehungen" anzusehen sei, war, so Gossweiler, der Übergang vom Marxismus-Leninismus zum klassenversöhnlerischen Revisionismus kaum noch zu übersehen. Und Gossweiler führt als Zeugen den hier unverdächtigen Willi Brandt ins Feld, der nach einem Gespräch mit Gorbatschow 1985 äußerte: "*...noch nie hatte ich einen Antikommunisten an der Spitze im Kreml gesehen*".

Für Gossweiler war zu einer entscheidenden Frage geworden das Verhältnis von "Klasseninteressen und Menschheitsinteressen". Hierzu äußerte er sich in den Briefen an Peter Gingold und auch anlässlich seiner Ehrenpromotion an der HU Berlin im Mai 1988. Er war sehr für "Neues Denken", wie es nach 1985 in Mode geriet. Aber nicht durch Umkehrung marxistisch-leninistischer Werte und Grundsätze.

Das neue Denken, so Gossweiler, liegt darin, "*dass schärfer als vorher erkannt und berücksichtigt wird, dass angesichts der ... tödlichen Gefahren ... der Friedenskampf, der Kampf um Abrüstung jene Seite des Klassenkampfes ist, die der Arbeiterklasse und dem Sozialismus die größten Möglichkeiten bietet zur Schaffung eines weltweiten ... Bündnisses zur Isolierung der reaktionärsten und kriegstreiberischsten Kreise des militär-industriellen Komplexes*".

Gerade gegenwärtig sollte uns diese Feststellung für unseren Friedenskampf bedeutsam sein. Ich denke da z.B. an die BRD-weite Kampagne "Abrüsten statt Aufrüsten.

1. Kommunisten und Sozialisten müssen mit an der Spitze stehen.
2. Friedenskampf bleibt auch heute Klassenkampf.

Beides ist unterentwickelt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei aller kritischen Betrachtung, zu der Kurt Gossweiler aufgrund seiner Forschungen gelangte – dass er die Wurzeln der Konterrevolution also nicht erst 1989/90 sah, sondern bereits lange vorher in einem schleichenden und immer deutlicher werdenden Prozess -, Gossweiler war und blieb ein treuer Freund und Anhänger des realen Sozialismus, nicht nur der DDR. Er war und blieb glühender Verteidiger der sozialistischen Errungenschaften.

In einem Beitrag 2008 setzte er sich mit Stefan Heym auseinander, der meinte, es bleibe von der DDR nicht mehr als eine Fußnote in der Weltgeschichte.

Nein, Kurt Gossweiler setzte dagegen:

Die Vernichtung der DDR bedeutete für ihn nicht ein Verschwinden in Bedeutungslosigkeit. Erfolge, Errungenschaften, Erfahrungen, auch Irrtümer und Niederlagen waren und sind für den weiteren Kampf um eine andere, eine sozialistische Gesellschaft unentbehrlich.

Kurt Gossweiler brachte es auf den Punkt:

„Die DDR sollte delegitimiert werden, weil sie das Privateigentum an Produktionsmitteln aufhob und bewies, dass es auch ohne Kapitalisten geht.“
Er wandte sich scharf gegen Diffamierung, Manipulierung, Fälschung, Diskriminierung und Verfolgung, gegen die These vom "Unrechtsstaat DDR". Gegen die "Erinnerungskultur" der vermeintlichen Sieger, verbunden mit Geschichtsklitterung, wie wir sie bis heute erleben. Und er übte folgerichtig aktive Solidarität mit den von der westdeutschen Klassenjustiz Verfolgten. Er teilte unsere Auffassungen von der "politischen Strafverfolgung", mit der insbesondere durch Kriminalisierung von Verantwortungsträgern die Unmenschlichkeit des Sozialismus bewiesen werden sollte. Vor allem verurteilte er die Strafverfolgung von Juristen, Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, wie NVA, Grenze, MfS, von Verantwortlichen im Sportbereich, von Kundschaftern des Friedens und Politikern. Die über 85.000 Ermittlungsverfahren und ca. 1.000 Verurteilten standen für ihn für den Versuch, den sozialistischen deutschen Staat insgesamt als illegitim zu verunglimpfen. Diese Verfolgung von Kommunisten, Sozialisten, von Antifaschisten, von Trägern und Verantwortlichen sozialistischer

Machtorgane der DDR war für ihn krasser Ausdruck der Konterrevolution, Kontinuität in der Verfolgung fortschrittlicher sozialistischer Kräfte, wie es in Deutschland seit mehr als 150 Jahre geschah.

Seine solidarische Haltung bekundete Kurt Gossweiler auch mit dem Beitritt zu unserer Organisation, der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung, der GRH. Er bewies diese Solidarität auch durch finanzielle Spenden.

In einem Telefongespräch zum Jahreswechsel 2015 erklärte Kurt erneut seine engste Verbundenheit mit unserem Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit.

Mit seiner Verbundenheit mit der DDR und den Verfolgten der Konterrevolution grenzt sich Kurt Gossweiler auch deutlich ab von angeblichen Kommunisten, z. B. in der MLPD, deren Ablehnung des realen Sozialismus in der DDR und anderen soz. Staaten zutiefst reaktionär ist. Übrigens, die auch heute keine marxistisch-leninistische Positionen beziehen, indem sie z. B. die VR China, Russland u.a. Staaten als "neuimperialistisch" bezeichnen.

Kurt Gossweilers Position zur DDR, an der er - wie ausgeführt - durchaus Kritik übte, wird besonders deutlich in seinem Briefwechsel mit Peter Hacks.

Diesen Gedankenaustausch zwischen Hacks und Gossweiler bezeichnete Hans Heinz Holz als *"Bild zweier Felsen", die "in der Brandung der Niederlage unerschütterlich fest stehen"*.

Kurt Gossweiler war der festen Überzeugung, dass die DDR ihren Platz in der Geschichte einnehmen wird, nämlich als **"Kapitel I der Geschichte des Sozialismus auf deutschem Boden"**.

Entgelt bezahlt